

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilschmiedstr. 16.) bei C. H. Ulrich & Co. Breitestr. 14.
in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streifand, in Breslau bei Emil Kabbal.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Danne & Co. — Hanfenslein & Vogler, — Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Anwaltsbureau“.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

N. 835.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonntag, 28. November

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat Dezbr. nehmen sämtliche Postanstalten zum Betrage von 1 M. 82 Pfg., sowie die unterzeichnete Expedition und die Herren Distributoren zum Betrage von 1 M. 50 Pfg. an. Bestellungen bitten gefälligst bald zu machen.

Expedition der Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 26. November. Der König hat dem Geh. Reaktionsrath Wille, vortr. Rath im Auswärtigen Amt, den H. Vdl.-Ord. 2. Kl. mit Eichenlaub, dem Kreisger. Rath Seiler zu Erfurt bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Geheimen Justiz-Rath verliehen.

Der Kaiser und König hat im Namen des Deutschen Reiches den hies. harr. Auditoriat-Praktik. Franz Hildebrand zum Marine-Auditeur ernannt.

Die Akademie der Wissenschaften hat in ihrer Gesamtsitzung am 18. November 1875 die Herren August Reule in Bonn, Edwards Frankland in London, Heinrich Kolbe in Leipzig und Alexander Williams William in London zu korrespondierenden Mitgliedern ihrer physikalisch-math. Klasse gewählt.

Der bei der f. Direktion der westf. Eisenbahn beschäftigte hies. Ger.-Ass. Paul v. Heststein ist zum Reg.-Ass. ernannt worden. Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Gerichts-Ass. Schmoedel bei dem Kreisger. in Schwes, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Neuenburg, der Ger.-Ass. Buhlers bei dem Kreisger. in Strehlen, mit der Funktion bei der Ger. Deput. in Nimptsch, und der Ger.-Ass. Brandes bei dem Kreisger. in Anklam, mit der Funktion als Ger.-Kommissar in Neuwarp. Verlegt sind: der Kreisrichter Madrad in Schöned an das Kreisger. in Deutsch-Krone, der Kreisrichter Wülsche in Nebra an das Kreisger. in Sauerhausen, der Kreisrichter Bennewitz in Wardeleben an das Ger.-Kommissar nach Neubamm, Kreisger.-Bez. Rastin, der Ober-Amtsrichter Sieke in Runkel an das Amtsger. in Walmerod und der Amtsrichter Schellenberg in Battenberg an das Amtsger. in Weiden. Die Verlegung der Kreisrichter Mühl in Dingelstedt nach Hohenhausen und Kersch in Bleichrode nach Quedlinburg ist zurückgenommen, dagegen ist der Kreisrichter Mühl in Dingelstedt an das Kreisger. in Quedlinburg verlegt, der Kreisrichter Verche in Bleichrode aber von der Funktion bei der Gerichtskommiss. dafelbst entbunden und dem Kollegium des Kreisger. in Nordhausen zugeordnet. Dem Kreisgerichts-Rath Seiler in Spandau ist die nachgeordnete Dienstentlassung mit Pension ertheilt. Zu Gerichtsass. sind ernannt: der Advokat Straßer in Köln und der Ref. Seiden im Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Köln, die Ref. Ullrich, Gausch und Müller im Bezirk des Appell.-Ger. zu Celle, der Ref. Eckert im Bezirk des ostpreussischen Tribunals zu Königsberg, der Ref. Saul im Bezirk des Appell.-Ger. zu Stettin und der Ref. Pippmann im Bezirk des Appell.-Ger. Marienwerder. Dem Gerichtsass. Dr. Herz ist behufs Uebertritts zur allgemeinen Staatsverwaltung die nachgeordnete Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Berlin, 26. November. Bis zum Beginn der Verhandlungen über die Strafrechtsnovelle fällt der Schwerpunkt des Reichstages in die Sitzungen der Budgetkommission. Dieselbe hat drei sehr bewegte Sitzungen hinter sich. Das allen bestimmten Fragen aus der Kommission gegenüber theils hartnäckig ablehnende, theils ausweichende Verhalten des Regierungskommissars G. M. Michaelis hat die Stimmung der Kommission der Regierung gegenüber derart befestigt, daß fast alle Beschlüsse nahezu einstimmig gefaßt wurden, auch der Vorsitzende v. Bennigsen sich wiederholt veranlaßt sah, zu Gunsten der aus der Mitte der Kommission gestellten Anträge das Wort gegen den Regierungsvorsteher zu ergreifen. Das ausweichende und unfreundliche Verhalten des Hrn. Michaelis gegenüber den von den 6 Klerikalen in Betreff des Invalidenfonds gestellten Fragen veranlaßte die Kommission, den Fragebogen einstimmig zu dem ihrigen zu machen, obwohl man nicht alle darin enthaltenen Fragen als den Kern der Sache treffend zu betrachten vermochte. Den wiederholten und immer dringender auftretenden Fragen, im Besitze welchen Barbestandes aus den französischen Milliarden sich die Regierung befinde, setzte Hr. Michaelis nur die stereotipe Antwort entgegen, daß dieser Betrag sich vermindere. Es wurde darauf von fortwährender Seite zu Protokoll konstatiert, daß man nur deshalb den Antrag nicht stelle, die Regierung um Mittheilung der Summe zu ersuchen, weil sich schon aus dem Verhalten des Kommissars ergebe, daß sie nicht sagen wolle, wie viel Geld sie besitze. Ebenso lehnte Herr Michaelis Auskunft ab über den im Jahre 1875 im Münzgeschäft erzielten Gewinn, über die im Jahre 1875 aus den Beständen der franz. Kriegskontribution aufgelaufenen Zinsen, über die für den Eisenbahnbau in Elsaß-Lothringen bis jetzt verwandten Summen u. c., obwohl wiederholt hervorgehoben wurde, daß ein Nichtwissen dieser Summe sich nur erklären ließe aus dem Mangel jeder Ordnung und Uebersicht in der Reichsfinanzverwaltung. Die Kommission deckte allein durch Nichtstellung des Etats in Betreff der Zinsen — indem man theils die Zinsentnahmen aus den noch von den Milliarden vorhandenen Fonds erhöhte, theils mit Rücksicht auf die zur Zeit daraus noch vorhandenen Bestände die Zinsausgaben für auszugebende Schatzanweisungen ermäßigte — mehr als die Hälfte des gesamten Defizits. Auf die aus der französischen Kriegskontribution vorhandenen einer definitiven Verfügung noch entbehrenden Summen zurückzugreifen hat man noch gar nicht gebraucht. Daß solche Beträge noch vorhanden sind, ergibt sich aus einem bereits unterwegs befindlichen, bei der ersten Sitzung noch nicht bekannten Gesekentwurf, wodurch ca. 3 1/2 Millionen

M. auf jene Summen nachträglich angewiesen werden. Die gestrigen Verhandlungen haben außerdem ergeben, daß zwischen der Militärverwaltung und dem Reichskanzleramt Verhandlungen schweben, um aus überflüssigen Millionen einen neuen Kasernenbaufonds zu stiften. G. M. Michaelis versuchte nun darzulegen, daß hierdurch und durch etliche andere von ihm angeführte unwesentlichen Mehrkosten Alles einschließlich der Zinsen aufgebraucht werde. Aus der Kommission wurde aber konstatiert, daß man eine vollständige Auskunft über den Stand der Milliardenrechnung auch jetzt nicht gegeben, sondern nur die für die Bestände ungünstigen Posten heraushebe, ohne zugleich die Ersparnisse an anderen Posten vollständig mitzutheilen. — Im Uebrigen wird von den beiden Steuergeboten in der Kommission nur noch ganz beiläufig und auch nur als von gänzlich abgethanen Dingen gesprochen. Es handelt sich jetzt allein darum, ob es nöthig ist, die Matrikularbeiträge gegen das Vorjahr irgendwie zu erhöhen. Die Fortschrittspartei wird auch die kleinste Erhöhung Angesichts der in großem Umfang vorhandenen Bestände ablehnen. Ihr Finanzplan geht dahin, die Deckung auf eine größere Zahl von Posten zu vertheilen, wobei insbesondere darauf Rücksicht genommen werden soll, behufs Abwehr einer Erhöhung der Matrikularbeiträge auch im nächsten Jahre die sonst diesem Jahr zu gute kommenden Bestände zu schonen. Es wird daher nur soweit beantragt werden, den Ueberschuß des laufenden Jahres heranzuziehen, wie die Deckung nicht anderweitig gefunden werden kann. Der Antrag der Fortschrittspartei, auch die Invaliden aus älteren Kriegen auf den Invalidenfonds anzuweisen, hat Aussicht auf Annahme. Auch in Bundesrathskreisen interessiert man sich in Anbetracht der dadurch um 5—6 Millionen M. verminderten Matrikularbeiträge lebhaft dafür.

Die Frage über die zinsbare Anlegung des Invalidenfonds ist ganz dazu angethan, das allgemeine Interesse wachzurufen. Bereits hat die „Deutsche Eisenbahn“ versucht, diese Angelegenheit zu einem Skandal aufzulösen und die „Germania“ druckte den ganzen Artikel gleichsam zur Motivierung der vom Centrum gestellten 7 Fragen ab. Wir theilen deshalb zur Ergänzung unserer obigen Korrespondenz noch einen anderen Bericht über die Mittwoch-Abendigung der Budgetkommission mit, wobei wir die bereits in unserem Freitagstagsblatt abgedruckten Fragen wiederholen.

Die Budgetkommission begann Mittwoch Abend die Beratung des Gesekentwurfs, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873 über die Gründung und Verwaltung des Invalidenfonds. Der Regierungskommissar, Geheimrath Michaelis, verlas, um ein Bild der Grundsätze zu geben, nach denen die Anlegung des Fonds schon vor dem 1. Oktober 1873 geschehen sei, ein Schreiben des Reichskanzlers an die Verwaltung des Invalidenfonds vom 1. Oktober 1873. Wir heben daraus nur den einen Punkt hervor, daß als Regel die Belegung zu 4 1/2 pCt. ausgesprochen wird, wodurch denn allerdings die Anlage z. B. in englischen Konsols ausgeschlossen war. Der Regierungskommissar führte dann weiter aus, wie bei der Erwerbung der einzelnen Gattungen von Papieren verfahren sei, bei welchen man statt an die Börse, an die erste Hand habe gehen müssen, und wie es gelungen sei, ein so großes Kapital unterzubringen, ohne die Course wesentlich zu steigern. Die Course der angekauften Eisenbahnprioritäten seien nach dem Anlauf und bis Ende 1874 steigend geblieben. Erst seit einiger Zeit habe sich die Stimmung des Marktes geändert, so daß jetzt zum Verkauf eine Fristverlängerung nothwendig sei. Bei allen Papieren seien aber Zinsen und Amortisation völlig gesichert. Die Darlegung des Regierungskommissars ließ noch manche Frage übrig, und von verschiedenen Seiten waren solche Fragen vorbereitet, die sich besonders auf die Sicherheit der angekauften Eisenbahnprioritäten, die Betriebseinnahmen der betreffenden Eisenbahnen u. s. w. bezogen. Herr von Schorlemer-Mast verlangte aber im Namen der Centrumspartei die Priorität, indem er dem Vorsitzenden einen langen, von allen Kommissionsmitgliedern seiner Fraktion unterzeichneten Fragebogen überreichte, auf dem neben vielen unnützen, auch nützliche und nothwendige Fragen sich befanden. Dieselben lauten:

„A. 1) Welche Beträge sind für den Invalidenfonds in in- und ausländischen Staats- und Kommunalpapieren und in vom Staate garantirten Eisenbahnprioritäts-Obligationen und zu welchem Course gekauft worden? 2) Wie hoch stehen diese Effekten dato? 3) Was ist demnach dato an diesen Effekten gewonnen oder verloren? B. 1) Welche Beträge sind an nicht vom Staate garantirten Eisenbahnprioritäts-Obligationen angekauft: a. für den Invalidenfonds? b. für den Festungsbaufonds? c. für den Reichstagsgebäudefonds? 2) An welchem Datum, auf wessen Anordnung, von welchen, bezüglich durch welche Bankhäuser, zu welchem Course sind die Effekten ad B. 1) a. b. c. angekauft, resp. in welchen in denselben übernommen? 3) Welchen Course haben dato diese Effekten ad B. 1) a. b. c.? 4) Was ist demnach dato an diesen Effekten gewonnen oder verloren? 5) Welche Ränge haben die betreffenden Bahnen, deren Prioritätsobligationen ad B. 1) a. b. c. erworben sind, bezüglich welche Sicherstellung haben die betreffenden erworbenen Serien dieser Obligationen? Waren diese betreffenden Bahnen dato des Ankaufs deren Prioritäts-Obligationen bereits fertig gebaut im Betriebe, resp. ist deren Fertig- und Inbetriebstellung durch die noch vorhandenen Fonds gesichert? Hat die Verwaltung Garantien und welche dafür, daß die gegebenen Eisenbahnanleihen im vollen Betrage der gemachten Baarsumme zur Herstellung der verpfändeten Objekte verwendet sind, resp. noch verwendet werden? 6) Welchen Reinertrag per Kilometer haben pro 1874 und pro erstes Halbjahr 1875 die Bahnen gehabt, deren nicht vom Staate garantirten Prioritätsobligationen in dem Invalidenfonds, Reichstagsgebäude- und Reichstagsbaufonds sich befinden, und welchen Reinertrag hatten in den gleichen Zeitabschnitten diejenigen Strecken der betreffenden Bahnen, auf welche die bezüglich Serien der Prioritätsobligationen mit ihrem Zinsgenuß freizell und primo loco angewiesen sind? 7) Ist die Verminderung des Bestandes des Invalidenfonds an nicht vom Staate garantirten Eisenbahnprioritäts-Obligationen um 34,588,800 M. durch Veräußerung — zum Erwerbspreise, bezüglich zu welchem Course — oder durch Uebertragung an andere Fonds bewirkt?“

Es liegt auf der Hand, daß das Hauptgewicht auf 2 und insbesondere auf 5 und 6 liegt. Der Regierungskommissar wies darauf hin, daß einige Fragen, z. B. nach dem heutigen Course, durch die Courszettel

der Zeitungen beantwortet werden, daß andere, z. B. die Betriebseinnahmen der Eisenbahnen für das laufende Jahr, noch nicht beantwortet werden könnten. Ueber die Reinerträge sämtlicher Bahnen für das Jahr 1873 habe das Reichseisenbahnamt dem Reichstage bereits eine gedruckte Uebersicht vorgelegt, die zu Jedermanns Einsicht stehe. — Innerhalb der Kommission war man natürlich allseitig der Meinung, daß, um das Mißtrauen und die Verdächtigung zu zerstreuen, alle Fragen, die überhaupt zu beantworten möglich sei, auch beantwortet werden müßten. Diese Forderung wurde durch einstimmigen Beschluß der Kommission ausgesprochen und wird wohl in einigen Tagen erfüllt werden können. Bis dahin wurde die Beschlusfassung über das Gesetz, soweit es die Belegung des Invalidenfonds betrifft, vertagt, und man ging zu den vom Abg. Richter gestellten Anträgen über, welche eine Erweiterung der Verwendungszwecke des Fonds vorschlugen. Diese Anträge lauten:

„Aus dem Reichsinvalidenfonds sind vom 1. Januar 1876 ab auch zu bestreiten: a. die Ausgaben des Reiches an Pensionen und Unterhaltungen für Angehörige der vormalig schleswig-holsteinischen Armee; b. die nach Maßgabe früherer oder bestehender Gesetze und Verordnungen zahlbaren Ausgaben des Reichs und des Königreichs Baiern an Pensionen und Pensionserhöhungen für Militärpersonen und Militärbeamten der Landarmee und der Marine, welche durch Krieg vor 1870/71 invalide und zur Fortsetzung des aktiven Militärdienstes unfähig geworden sind; c. die nach Maßgabe früherer oder bestehender Gesetze erfolgten Bewilligungen des Reichs und des Königreichs Baiern für Hinterbliebene der in den Kriegen vor 1870/71 gefallenen Militärpersonen und Militärbeamten der Landarmee und der Marine.“

Der Antragsteller motivirte seine Vorschläge damit, daß 1) die Zinsen des Invalidenfonds, ursprünglich auf 4 pCt. veranschlagt, weit über diese Annahme hinausgegangen, und daß 2) die Ausgaben, wie die betreffende Uebersicht für 1874 zeige, höher veranschlagt seien, als sie sich tatsächlich stellten. Beide Momente zusammen schätzte er auf 5 1/2 Millionen M., während durch seinen Antrag a. 507,000 M., durch b. etwa 4 Millionen M., durch c. 738,000 M., im Ganzen also etwa 5 1/2 Millionen M. auf den Fonds als neue Ausgaben geworfen würden. Der Fonds sei zu allmählicher Amortisation bestimmt gewesen, es stehe aber jetzt schon fest, daß er intact bleibe, und auch durch die neuen Anträge werde er nicht aufgebraucht werden. — Seitens der Bundesregierungen behauptete Geh. Rath Michaelis, daß der Antrag eine Aufhebung des Kapitals zur Folge haben werde, während doch, wenn man über den Fonds anderweitig bestimmen wolle, ein solches Kapital nicht für die laufenden Ausgaben verbraucht, sondern etwa zur Schuldentilgung verwendet werden müßte. Der sächsische Gesandte v. Postz erinnerte an die Forderung für die Zukunft und für die Invaliden neuer Kriege. Innerhalb der Kommission wurden die Anträge von mehreren Seiten nicht ungünstig aufgenommen, jedoch eine Verlegung gewünscht, bis man die finanzielle Trauerzeit und die Ausführbarkeit von b. näher habe erwägen können. Es ist nämlich fraglich, ob eine Scheidung der im Kriege und der im Frieden invalide Gewordenen rückwärts für 1864 u. s. w. ausführbar ist; ferner, ob man in Baiern selbst 1866 schon eine solche Scheidung gemacht hat.

Deutschland.

Δ Berlin, 26. November. Schon in einem früheren Erlasse hatte der Kultusminister darauf hingewiesen, daß es nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 20. Juni d. J. über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens unsittlich sei, die Kassenverwaltung in einem Kirchenvorstande dem Pfarrer zu übertragen. In Veranlassung eines Spezialfalles ist nun in einer neuen Verfügung des Kultusministers entschieden worden, daß es den Intentionen des Gesetzes ebenso wenig entspreche, die Bestellung eines anderen Geistlichen (z. B. eines Kaplans) zum Revisanten zuzulassen, da, wie auch in den Motiven des erwähnten Gesetzes ausdrücklich ausgesprochen sei, die Mitwirkung des geistlichen Standes bei der Verwaltung des Kirchenvermögens auf diejenigen Älter beschränkt werden soll, für welche das Gesetz eine solche Mitwirkung ausdrücklich zuläßt. — Die Zuschüsse, welche nach Maßgabe früherer aus dem Kultusministerium ergangener Verfügungen zur Aufbesserung des Pfarreinkommens auf 2400 bzw. 3000 Mark aus Staatsfonds erfordert worden, sind nunmehr den Bezirksregierungen zur Auszahlung an die Geistlichen überwiesen worden. Nach Ausführung dieser Maßregeln wird für dieses Jahr in den Aufbesserungsfonds noch ein Ueberschuß verfügbar bleiben. Im Anschluß an die bisherigen Anordnungen soll über denselben in der Weise verfügt werden, daß einem Theile derjenigen Geistlichen, welche noch nicht 20 Jahre im Amte sind und ein Einkommen von weniger als 2700 Mark neben freier Wohnung beziehen, so weit die Mittel ausreichen, Zuschüsse zur Erfüllung eines Einkommensbetrages von 2700 Mark gewährt werden. Die Bewilligung derartiger Zuschüsse kann zunächst jedenfalls nur für das laufende Jahr 1875 stattfinden, da sich nicht übersehen läßt, ob der Aufbesserungsfonds in der Folge nicht bereits vollständig für die Zulagen behufs Erhöhung des Einkommens auf 2400 und 3000 M. verwendet werden muß, so daß Ueberschüsse zur Gewährung anderweiter Zulagen nicht mehr übrig bleiben.

Δ Berlin, 26. November. [Reichstag.] Die Fortsetzung der Etatsberatung stand heute ausschließlich auf der Tagesordnung. Nachdem der zweite Bericht der Reichsschuldenkommission an die Budgetkommission verwiesen und die Etats des Rechnungshofes und des Reichsoberhandelsgerichts ohne Debatte erledigt worden, gab der Etat der Post- und Telegraphenverwaltung zu mancherlei Bemerkungen Veranlassung, die von Seiten der meisten Redner neben anerkannten Worten für die Verwaltung Wünsche nach Ermäßigung der Telegraphengebühren, nach Verbesserung der Beamtengehälter u. c. enthielten. Nur die beiden Sozialdemokraten Liebknecht und Hasselmann gaben ihren Beschwerden einen besonders lebhaften Ausdruck. Ersterer warf der Postverwaltung Verletzung des Briefgeheimnisses vor, ein Verbrechen, welches, wie der General-Postdirektor Stephan, der die vorkommenden Verletzungen von Briefen auf Zufälligkeiten zurückführte, selbst zugestand, zugleich den Charakter des Verfassungsbruchs,

des Eidbruchs und des Mißbrauchs der Amtsgewalt enthält, so daß es ohne die überzeugendsten Belege unserer bekanntermaßen musterhaften Postverwaltung kaum im Ernste zur Last gelegt werden kann. Um so weniger scheint es gerechtfertigt, daß der preussische Bundesbevollmächtigte über die lediglich sachliche Zurückführung der erhobenen Angriffe hinausgehen versuche, indem er vergaß, daß für die Bevollmächtigten der Regierungen nicht die Abgeordneten einer Partei, sondern die frei gewählten Vertreter der Nation sprechen, die als solche zu achten sind. Im Reichstage schien es auch nicht gerade allseitige Billigung zu finden, daß die allerdings etwas scharfe, aber nicht unprovokirte Erwiderung Liebknecht's durch den Präsidenten sofort mit einem formellen Ordnungsruf gerügt wurde. Der Abg. Cassmann brachte die geringen Befolgungen der niederen Postbeamten zur Sprache, welche mit den hohen Preisen der Lebensmittel u. in gar keinem Verhältnisse ständen. Wir glauben gern, daß der Redner es mit den betreffenden Personen gut meint, er schadet ihnen indeß durch seine demagogischen Uebertreibungen, die zunächst eine Abhilfe nicht im Auge haben, sondern lediglich agitatorischen Zwecken dienen sollen. Die nächste Sitzung des Reichstages wird erst am Dienstag stattfinden und in dieser der Schulze'sche Antrag bezüglich der Diäten zur Verhandlung gelangen.

Der Justizminister wird, dem Vernehmen nach, zur brüsseler Ausstellung für Gesundheitspflege und Rettungswesen das Modell des Gefängnisses zu Blågenfsee abgeben, um daran die baulichen Anlagen und sanitären Vorrichtungen dieser Anstalt zu demonstrieren.

Der Ober-Staatsanwalt beim königlichen Kammergericht hat, wie bereits erwähnt, dieser Tage beim Anklage-Senat des Staats-Gerichtshofes den Antrag gestellt, den ehemaligen deutschen Botschafter in Paris, Grafen Harry v. Arnim, auf Grund der Pro nihilo-Broschüre, als deren Verfasser derselben angesehen wird, wegen Landesverrats in den Anlagenzustand zu versetzen. Dieser Antrag ist auf den § 32 des Reichs-Strafgesetzes gestützt, welcher also lautet:

„Wer vorsätzlich Staatsgeheimnisse u. oder solche Urkunden, Aktenstücke oder Nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des deutschen Reichs oder eines Bundesstaates erforderlich ist, dieser Regierung mittheilt oder öffentlich bekannt macht, wird mit Hochverrathe nicht unter zwei Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter sechs Monaten ein.“

Im folgenden Paragraphen heißt es dann, daß bei dem Vorliegen eines solchen Verbrechens bis zur Beendigung des Verfahrens durch die rechtskräftige Entscheidung das Vermögen des Angeklagten mit Beschlag belegt werden kann. Am Mittwoch hat zwar der Anklage-Senat des Staats-Gerichtshofes unter dem Vorsitz des Kammergerichtsraths Steinhausen eine Sitzung gehalten, ob derselbe aber schon diesen Antrag zum Gegenstand seiner Berathung gemacht, ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden, da die Angelegenheit sehr secret behandelt wird.

Die offiziöse Presse bemerkte bei Mittheilung des Dementis, welches die „Kön. Ztg.“ neulich der Broschüre „Pro nihilo“ angedeihen ließ, von keiner darin hohen und höchsten Personen ausgesprochenen Aeußerungen sei anzunehmen, daß sie verbürgt seien. Jetzt taucht in der Presse eine Bemerkung auf, welche vom Kaiser selbst ausgegangen sein soll. „In einem Gespräche, welches derselbe dieser Tage mit dem früheren Reichstagspräsidenten Abg. Dr. Simson über das Pamphlet des ehemaligen Botschafters pflog, erklärte der Kaiser, daß jene Unterhaltung zwischen ihm und dem Grafen Arnim über die Rancune des Fürsten Reichskanzlers gegen eine Reihe höherer Staatsbeamten niemals stattgefunden habe. Der Kaiser fügte hinzu, es wäre wünschenswerth, wenn dies bekannt würde.“

— Anlässlich der Almaritikel, welche die „Agence Havas“ in letzter Zeit gebracht, reproduirte der „Reichsanz.“ einen zurechtweisenden Artikel der „Nat.-Ztg.“ und fügte daran folgende Bemerkung:

„Ein ähnliches Geschäft wie von der „Agence Havas“ wird von polnischen Blättern, namentlich von dem wegen seiner Lügenhaftigkeit in Preußen verbotenen „Gaz“, betrieben. So sind durch dieses Blatt in den letzten Tagen zwei gänzlich erfundene Nachrichten in Umlauf gesetzt worden. Erstens, daß in dem Gouvernement Lublin und in Wolhynien starke Truppenmassen zusammengezogen wären mit der Bestimmung, durch das östliche Galizien nach der Türkei zu marschiren. Zweitens, daß der Fürst Bismarck dem Agenten des Fürsten von Ru-

mänien, Boerescu, Mittheilungen über die deutsche Politik gegenüber der Türkei gemacht und Rathschläge für die Haltung des Fürsten Karl gegeben habe. Die zweite Erfindung ist um so plumper, als der Fürst Bismarck, der während der Anwesenheit des Herrn Boerescu hier selbst sich in Bargin befand, denselben gar nicht gesehen hat.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt dazu: Die vom „N. u. St.-A.“ mit Recht als plump bezeichnete Erfindung des „Gaz“, den gewissen rumänischen Minister Boerescu betreffend, erhält noch ein weiteres Relief durch die Thatsache, daß Herr Boerescu bekanntlich fast unmittelbar nach der Rückkehr von seinem Ausfluge nach Berlin, London und Paris aus dem rumänischen Ministerium getreten ist.

Wie jetzt verlautet, soll Aussicht vorhanden sein, daß die vom Fiskus und der Stadt über Bord geworfenen öffentlichen Leihämter in reorganisirter Form, wenn auch als Privat-Institute, dem Publikum erhalten bleiben. Es wird nämlich jetzt verhandelt, daß ein biesiges Bankinstitut, welches bei der Angelegenheit der Pommerischen Centralbahn mehrfach genannt worden ist, die bestimmte Absicht haben soll, die Leihämter unter den vom Fiskus gestellten Bedingungen zu übernehmen. Es wäre dies ein Zeichen, daß die Privatpekulation das mit den Leihämtern verbundene Risiko nicht für gar groß hält.

Breslau, 26. November. Wie die „Schles. Volksztg.“ berichtet, ist den Religionslehrern an den katholischen Gymnasien der Provinz durch Verfügung des königl. Provinzial-Schulcollegiums die Forderung für den vorjährigen Fürstbischof von Breslau, die bisher in dem Gebete nach der Predigt stattfand, unterlagert worden. — In diesen Tagen hat eine Kommunikation des Oberpräsidenten Grafen Armin mit dem Domherrn Dr. Rünger und v. Montbach stattgefunden, die man in Verbindung mit dem jüngsten Besuche des Domkapitels in Betreff der Wahl eines Kapiteis-Bisars bringt.

Frankreich.

Paris, 24. November. So sehr die Ueberzeugung verbreitet ist, daß die europäischen Mächte die orientalische Frage durch friedliche Verabredung zu lösen trachten, so wenig will man hier von dem Gedanken abgehen, daß sich aus derselben Änderungen der Territorialverhältnisse ergeben könnten, welche die Interessen Englands und Frankreichs nahe berühren. Und die Haltung, welche die öffentliche Meinung in England einem solchen Falle gegenüber einnimmt, namentlich die Aeußerungen englischer Blätter über Englands eventuelle Stellungnahme in Aegypten, erregen hier entschiedenes Mißvergnügen. John Lemoinne giebt demselben heute in den Debats einen fast leidenschaftlichen Ausdruck. Er nergelt überhaupt gern gegen die Engländer, wirft ihnen Undankbarkeit gegen Frankreich, Hinnegung zu Deutschland und ähnliche Todsünden vor; heute spricht er von dem „fellenen Cynismus“, womit England den Umschwung in seiner Haltung gegen den Orient vollziehe; das Land sei ehemals der geschworene und patentirte Beschützer der türkischen Unabhängigkeit gewesen; jetzt hege es Oesterreich zum Annektiren. Es folgen einige Bemerkungen über den Einfluß, welchen Englands Rathschläge auf Oesterreichs Stellung zu Deutschland haben würden; dieselben sind, wie üblich, äußerst schief. Dann faßt der reizbare Autor das Raisonnement der englischen Presse so zusammen: „Wir lassen die Türkei fahren, mag aus ihr werden, was da wolle. Uns interessiert nur unser freier Verkehr mit Indien. Wir haben aber jetzt, was wir vor 20 Jahren nicht hatten, wir haben den Suezkanal. Freilich haben wir alles, was in unserer Macht stand, gethan, um die Ausföhrung desselben zu hintertreiben, aber es hat sich ein eigenwilliger Franzose gefunden, der ihn fertig gestellt hat. Fassen wir uns, und vor Allem fassen wir den Suezkanal. Beißt man in die Türkei, so wissen auch wir, wo wir die Bahne einzuweisen haben; unser Stiefel heißt Aegypten.“ Und damit können sich die Debats begreiflicher Weise nicht befremden.

Versailles, 24. November. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erfolgte die Fortsetzung der Wahlgesetzdebatte.

Der Art. 4 (welcher die Dauer der Abstimmung u. dgl. festsetzt) wurde nach einer unbedeutenden Diskussion angenommen und zum Art. 5 übergegangen. Derselbe besagt, daß die Abstimmung geheim ist und jeder Wähler seinen Stimmzettel in einem Briefcouvert abgeben muß. Zu diesem Artikel hat Delsol (vertheideter Bonapartist des rechten Zentrums) ein Amendement gestellt, dem zufolge die Stimmzettel nicht in Briefcouverts abgegeben werden dürfen. — Corne, welchem es bei der zweiten Lesung gelang, die Bestimmung, daß die Stimmzettel in Briefcouverts abgegeben werden, durchzubringen, tritt gegen das Amendement von Delsol auf. Seine Bemerkungen unterstüßt D. de Lafayette. Derselbe glaubt nicht, daß die Kammer betreffs einer Frage gespalten sein kann, welche die Ehrlich-

keit der Abstimmung in einem so hohen Grade betrifft. (Beifall links.) Es handle sich darum, jede Rückkehr zur offiziellen Kandidatur unmöglich zu machen. (Beifall links.) Die Wahlen müßten frei, aufrichtig und klar sein. (Allgemeine Beifallstürme.) Das System der Briefcouverts ist das einzige, welches allen Erfordernissen entspricht. — Chapter bekämpft den Antrag. Die Abstimmung erzieht die Annahme des Antrages Delsol's, welcher die Briefcouverts nicht zuläßt, d. h. die betreffende Stelle aus dem Art. 5 streicht, mit 352 gegen 321 Stimmen. Allgemeines Aufsehen. Die Linke ist bestürzt, da sie weiß, daß die Bauern aus Furcht vor ihren Maires sich nicht leicht bestimmen lassen, mit offenen Stimmzetteln gegen die Regierung und die von ihr beidhigten Kandidaten zu stimmen. Für die Rechte ist die Beseitigung des Briefcouverts ein großer Vortheil. Nach Verwerfung einiger weiteren Amendements wird der Art. 5 angenommen. Zu Art. 5 hat d'Abouville (äußerste Rechte) nach einem Gesegartikel gestellt. Derselbe verlangt, daß jeder verarbeitete Wähler so viele Stimmzettel habe, als seine Familie Mitglieder zählt, und ähnliches anderes Zeug. Sein Antrag wird aber verworfen, und Art. 6, der bestimmt, daß jeder Franzose, der 25 Jahre alt ist, wählbar sei, angenommen. Art. 7 kommt nun in Diskussion. Derselbe besagt, daß kein Militär, der Mitglied der aktiven Land- und See-Armee ist, Deputirter werden kann. Zugleich giebt derselbe die Ausnahmen an und bestimmt, daß diese Bestimmung weder auf die Reserve der aktiven Armee noch auf die Territorial-Armee Anwendung findet. Die drei Paragraphen des Artikels werden mit einigen unbedeutenden Änderungen und dann der ganze Artikel angenommen. Art. 8, welcher die Kategorien der Beamten, die gewählt werden können, bestimmt, wird in seiner früheren Fassung aufrecht erhalten. Die Kammer beschließt dann, auf ihre Tagesordnung vom nächsten Samstag drei militärische Gesegentwürfe zu setzen. Diese sind: die Klassirung der Redoute Haute-Brupère, die Mobilisation des Art. 31 des Gesetzes vom 27. Juni 1872 und die Armee-Verwaltung. Schluß der Sitzung 6 Uhr 10 Minuten.

Italien.

Rom, 22. November. Die klerikale Partei hat ihre frühere Taktik des passiven Widerstandes und der vollkommenen Zurückhaltung von allem öffentlichen politischen Leben, wie es scheint, aufgegeben und ist zum direkten Gegentheil übergegangen. Der florentiner Katholiken-Kongreß hat ein Programm aufgestellt, welches für die Zukunft zur energischsten Betheiligung an allen kommunalen, Provinzial- und Kammerwahlen auffordert. Am 20. d. ist denn auch dieses Programm durch die Veröffentlichung eines päpstlichen Breves sanctionirt worden, welches folgendermaßen lautet:

Den geliebten Söhnen, Herzog Scivio Salviati, Kommandatore Giovanni Acqueduni und den anderen Mitgliedern der italienischen Katholik-vereine Gruß und apostolischen Segen! Geliebte Söhne, es freut sich unsere Seele, daß eure Kongresse nicht fruchtlos geblieben sind; denn außer den Vortheilen, welche der von Benedikt gebracht hat, sehen wir durch den in Florenz abgehaltenen euren edlen Wablspruch „fide et operibus“ in dem Programme bestätigt, womit ihr beschloßten habt, eure Kollegen aufzufordern, die Leiden der Kirche zu erleichtern und ihre Rechte in geistlicher Weise zu verteidigen. Und in der That stimmt Alles, was ihr in dem Programme vorschlagt, mit unseren Wünschen so genau überein, daß wir nicht selten in unseren öffentlich gehaltenen Reden dieselben Wünsche ausgesprochen haben. Es wird uns daher äußerst lieb sein, wenn alle diejenigen, welche Mitglieder der italienischen Katholiken-Vereine sind, in gemeinsamer Uebereinstimmung mit Rath und That und mit der nöthigen Klugheit und Energie danach streben wollen, das oben erwähnte Ziel zu erreichen, damit sich mit Gottes Hilfe das Unheil, welches Religion und Moral zu vernichten droht, wenn nicht ganz abzuwenden, doch wenigstens abschwächen läßt. Wir ersehen deshalb euren klaren alldürftigen Gelingen und ertheilen inwischen euch, geliebte Söhne, und euren Kollegen und allen, welche eure Absichten unterstützen, in Aussicht auf den göttlichen Beistand und zum Unterpfand unseres väterlichen Wohlwollens den apostolischen Segen von ganzem Herzen. Gegeben zu Rom bei Sanct Peter am 8. Nov. 1875 im 30. Jahre unseres Pontifikates. Pius IX.

— In Certaldo, dem Stammorte der Familie Boccaccio's, be- geht man diese Woche das fünfshundertjährige Jubiläum desselben, und werden bei diesem Anlasse gewisse noch nicht edirte Schriften des großen Dichters veröffentlicht werden.

Rußland und Polen.

Petersburg. Der wiener „Pol. Corr.“ geht von „sehr beachtenswerther Seite“ aus Petersburg die folgende Mittheilung bezüglich der Abneigung Rußlands gegen den Besitz von Konstantinopel zu:

„Die Times“ erinnern in einer ihrer letzten Nummern an die Unterredungen, welche vor dem Ausbruche des Krimkrieges zwischen

ich am wenigsten meinem so sehr befähigten jungen Freunde, dem Hofopern-Kapellmeister Hans Richter erweisen möchte. Lassen Sie mich daher bei dem verhofften Erfolge des bevorstehenden Abends gänzlich außer aller Beachtung und möge dafür den werthen Künstlern der reiche Lohn für ihre mir bewiesene große Ergebenheit in feiner Weise durch Ablenkung der Aufmerksamkeit des Publikums vergütet werden. Ebenfalls grüßend Richard Wagner. Wien, 18. November 1875.“

* Von der Pugsucht und Eitelkeit der verflochtenen Kaiserin Eugenie bringt Witz Anne Francis Kemble, der letzte Sprosse jener in Frankreich, England und Amerika berühmten englischen Schauspielerfamilie, in ihren Memoiren, welche sie gegenwärtig im „Atlantic Monthly“ veröffentlicht, einige drastische Beispiele. Sie schreibt: „In einem ihrer Ankleidezimmer hatte sie (Eugenie) eine Sammlung Puppen in Lebensgröße, an welchen sie oft Stunden lang die Effekte der verschiedenen Moden studirte. In ihrem Schlosse Biarritz, wohin sie sich im Sommer zurückziehen pflegte, enthielt ihr Ankleidezimmer eine Art Cupola, in welcher die Kleider, die sie anziehen wollte, aufgehängt waren, so daß die einzelnen Stücke auf sie herabfallen konnten, ohne von den Händen selbst der geschicktesten Dame d'atours zertrümmert zu werden (sans faire un pli). Nach Louis Napoleon's Tode war eine Lady E. (damals noch die grande Mademoiselle) während ihres Aufenthaltes in Paris oft Gast in den Tuilerien. Was meine Neugierde aus ihr herausbrachte, war unter vielem Andern eine Bestätigung der allgemeinen Ansicht, daß selbst damals, als die Kaiserin noch jung und schön war, ihr Gesicht nicht nur wie eine Farbe roth und weiß bemalt, sondern auch ihre Augenlider geschwärzt waren. Die blauen Venen an ihren weißen Schläfen wurden durch Farbe in ihrem Effekte noch erhöht. Als der Kaiser und die Kaiserin kurz nach ihrer Vermählung zusammen die königliche Oper besuchten, fragte ich einen Freund, wie die Kaiserin ausgesehen habe. „D, ein schönes Weib, herrlich gekleidet!“ war die Antwort. — „Und die Kaiserin?“ — „Sehr einfach, aber sie schaute wie eine Königin aus.“ (Das königliche Aussehen der Kaiserin Victoria ist, bei allem sonstigen Respekt vor dieser fürstlichen, doch nur eine Fabel, die wir dem Patriotismus der gewöhnlichen Engländer in gute halten wollen.) Während der Abwesenheit des Kaisers Napoleon in Italien bei der Armee im Jahre 1859 schickte die Kaiserin Eugenie in einem Briefe an eine ihr befreundete Dame in England ihre Aengstlichkeit um des Kaisers Schicksal folgendermaßen: „Ah machère, quelle existence! Jo ne fais que trembler et essayer les robes.“ (D, welche Existenz! Ich thue nichts anderes als zittern und Kleider probiren.)

Interimstheater.

In den letzten 14 Tagen beherrschte die Oper so sehr das Repertoire, daß das Schauspiel fast ganz in den Hintergrund trat. Eine Novität ist inzwischen freilich erschienen: „Reichgräfin Gisela“, nach dem bekannten Roman in bekannter Manier für die Bühne zusammengeschneidert. Die Leser des Romans wollten flüchtig die Reichgräfin aus persönlich kennen lernen, und so war die Vorstellung sehr besucht; im Uebrigen entsprach ihr Werth dem billigen Entree von 75 Reichspfennigen. Der Freitag brachte die Rosen-Jacobsohn'sche Posse „Faschelnans“. Ein neues Bühnenprodukt ohne viel Neues. Die Gestalten desselben kamen uns sammt und sonders verdächtig bekannt vor. Die haben wir alle schon in so und so viel Stücken, oft auch um Vieles besser gesehen. Es liegt uns natürlich fern, den Titel zu nicht eben schweren Wizen auszubenten. Der „Faschelnans“ ist ein „Kommissionar“, sonst auch Dienstmann genannt, der gewöhnlich zwei ihm ertheilte Aufträge in der Ausführung miteinander verwechselt und dadurch etliche Konfusionen herbeiführt. Alles dagesehen! Die dramatische Anlage ist zuweilen lustig, und das dürfte der Rosen-Jacobsohn'sche Witz „Faschelnans“. Ein neues Bühnenprodukt ohne viel Neues. Die Gestalten desselben kamen uns sammt und sonders verdächtig bekannt vor. Die haben wir alle schon in so und so viel Stücken, oft auch um Vieles besser gesehen. Es liegt uns natürlich fern, den Titel zu nicht eben schweren Wizen auszubenten. Der „Faschelnans“ ist ein „Kommissionar“, sonst auch Dienstmann genannt, der gewöhnlich zwei ihm ertheilte Aufträge in der Ausführung miteinander verwechselt und dadurch etliche Konfusionen herbeiführt. Alles dagesehen! Die dramatische Anlage ist zuweilen lustig, und das dürfte der Rosen-Jacobsohn'sche Witz „Faschelnans“. Ein neues Bühnenprodukt ohne viel Neues. Die Gestalten desselben kamen uns sammt und sonders verdächtig bekannt vor. Die haben wir alle schon in so und so viel Stücken, oft auch um Vieles besser gesehen. Es liegt uns natürlich fern, den Titel zu nicht eben schweren Wizen auszubenten. Der „Faschelnans“ ist ein „Kommissionar“, sonst auch Dienstmann genannt, der gewöhnlich zwei ihm ertheilte Aufträge in der Ausführung miteinander verwechselt und dadurch etliche Konfusionen herbeiführt. Alles dagesehen! Die dramatische Anlage ist zuweilen lustig, und das dürfte der Rosen-Jacobsohn'sche Witz „Faschelnans“.

Frl. Zampa sang und spielte die Wäscherin Gulda Schwenneke frisch und humorvoll und erntete lebhaften Beifall. Gleiches gilt von Herrn Schulenburg als Träger der Titelrolle. Unserer Meinung nach war indeß sein „Faschelnans“ viel zu geschönt; Verwechslungen, wie sie hier angerichtet werden, glaubt man nur Jemandem, dessen ganzes Wesen deutlich den Beweis allseitiger Faseligkeit giebt. Im Besonderen ist noch Herr Grotz zu nennen, der den Professor Schußlich sehr hübsch veranschaulichte. Das Publikum hatte sich zahlreicher als sonst an Wochentagen eingefunden und amüsirte sich, so viel wir gesehen haben.

* Uha, 24. November. [Aus Furcht vor der Frau — erhängt!] Am letzten Viehmarke verkaufte ein Masur seine Kuh für 20 Thaler. Wie üblich, wurde „Reinkauf“ getrunken, und der

Masur traktirte in seiner Gemüthlichkeit jeden, der sich dabei betheiligen wollte. Als er endlich spät Abends nach Hause aufbrechen wollte und nach Bezahlung der Zechen sein Geld nochmals überzählte, fand er zu seinem großen Schrecken, daß ihm nur noch 7 Thlr. übrig blieben. Nun fing er an zu lamentiren und äußerte, seine Frau würde ihn aufhängen, wenn er nach Hause käme. Einer der Anwesenden gab ihm scherzend den Rath, sich doch lieber gleich aufzuhängen, dadurch würde er wenigstens die Reise ersparen. Dem Masuren muß wohl dieser Rath eingeuchtet haben; denn als einer der Gäste hinausging, fand er ihn an einem Baume vor dem Hause hängen. Glücklicherweise wurde er mit Hilfe eines Arztes noch ins Leben zurückgerufen. Manche Ehegattin mag wohl unwillkürlich denken: Hätte doch auch mein Mann solchen Respekt vor mir!

* Leipzig, 22. November. In dem benachbarten Meudnis hat ein 38-jähriger unverheiratheter Zigarren-Arbeiter auf folgende grauenhafte Weise am vergangenen Freitag seinem Leben ein Ende gemacht. In der Mitte seines Zimmers stellte er sein Mobiliar zusammen, legte darauf zerbrochene Zigarrenstücken und Holze welche Gegenstände er dem Anscheine nach mit Petroleum getränkt dann angezündet, sich ins Bett gelegt und mit einem Rasirmesser die Aern geöffnet hat. Als, durch den Dampf aufmerksamer gemacht, die Nachbarn in die Stube dringen wollten, fanden sie die Thüre von innen verriegelt. Nachdem es ihnen unter vielen Bemühungen gelungen war, zu öffnen, erblickten sie die Leiche des Selbstmörders, an welcher die unteren Extremitäten total verbrannt waren. Das Weiterumherschauen des Feuers konnte von der Feuerwehr nur mit großen Anstrengungen verhindert werden.

* Wien, 21. November. Richard Wagner, der bekanntlich gegenwärtig hier weilte, hat folgende Zeilen an den Direktor des Hofopertheaters Jauner gerichtet: „Gelehrter Herr Direktor! Es hat sich das Gerücht verbreitet, ich würde bei der ersten Aufführung des neu bearbeiteten „Tannhäuser“ selbst das Orchester dirigiren. Worin meine Mitwirkung bei dieser Aufführung bestehen konnte, haben wohl Sie und sämtliche ausführenden Künstler erfahren und wissen demnach, daß mein Platz hierfür zwischen dem Orchester und der Bühne war. Da ich diesen unmöglich auch vor dem Publikum einnehmen kann, lehre ich bei dieser Aufführung schicklicher Weise dahin zurück, wohin Jeder, um sein Werk, nicht aber um seine Person besorgter Autor gehört, nämlich dahin, wo ihn das Publikum über dem Gelingen seines Werkes vergißt. Nie habe ich mich seit längeren Jahren mehr an dem Studium meiner dramatischen Werke betheiligt, als wann ich namentlich auch einen mir durchaus vertrauten Orchester-Dirigenten zur Mithilfe hatte; diesem sein Ehrenantheil an dem Gelingen des Ganzen zu entziehen, dünkte mich überdies eine Ungerechtfertigkeit, welche

dem damaligen britischen Gesandten Sir Hamilton Seymour und dem Kaiser Nikolaus stattgefunden haben. Das große londoner Blatt thut dies in der unerbittlichen Absicht, seine Leser über die Fortschritte und die vermeintliche Präponderanz Russlands zu beruhigen. Damals noch in amtlicher Stellung, kann ich einen Beitrag zu den frähen Äußerungen des Kaisers Nikolaus über das angebliche Streben Russlands nach dem Besitze von Konstantinopel geben. Derselbe dürfte zur Vervollständigung jener Seymour'schen Berichte dienen und ist meines Wissens nicht so bekannt geworden, als er es wohl verdient, um so mehr, als die gegenwärtigen Wirren in der Türkei und die Bestrebungen der drei Kaiserreiche, diese Wirren noch einmal friedlich beizulegen, jene Äußerungen des Kaisers Nikolaus nur um so wichtiger und richtiger erscheinen lassen. Sir Hamilton Seymour berichtete damals an das englische Auswärtige Amt in Downing Street, Kaiser Nikolaus habe ihm gesagt: Ich mache mir keineswegs die Illusionen, welche mit Bezug auf Konstantinopel meine Vorgängerin, die Kaiserin Katharina II., sich gemacht hat. Im Gegentheil halte ich die ungeheure Ausdehnung Russlands für seine einzige wirkliche und größte Gefahr. Ich sehe die Türkei am liebsten so stark, daß sie sich dadurch eine achtungsvolle Behandlung von Seiten anderer Staaten sicherte. Ist sie aber nun einmal bestimmt, zu zerfallen, so müßte England sich mit Russland vereinigen, um etwas Besseres an ihre Stelle zu setzen. Mein Vorschlag ist, die Donaufürstenthümer, Serbien und Bulgarien, zu einem unabhängigen Staate vereint, unter das Protektorat Russlands zu stellen, und ich erkläre, daß es Russland nach keiner weiteren Herrschaft über türkische Länder gelüste. England kann sich Egypten und Kreta nehmen. Daß es sich aber in Konstantinopel festsetzt, kann ich nie zugeben, was ich ausdrücklich erkläre. Dagegen aber bin ich auch zu dem Versprechen bereit, es meinerseits nie wegzunehmen, das heißt, nachdem ein bestimmtes Abkommen zwischen England und Russland zu Stande gekommen ist. Sollte die Türkei schon vor einem solchen zerfallen und dadurch eine rasche Besetzung Konstantinopels nötig werden, so kann ich allerdings eine solche Verpflichtung des Nichttuns nicht eingehen.

So lautet allerdings der positive Inhalt jener Unterhandlungen des Kaisers Nikolaus mit dem englischen Gesandten, und das darüber Aufgezeichnete ist richtig.

Unmittelbar nachher sprach sich aber der Kaiser gegen einen anderen Gesandten, dem er den Tenor seiner Äußerungen gegen Sir Seymour mittheilte, noch weiter über den Gegenstand aus: „Ainsi, c'est à prendre ou à laisser! Ich kann die Mühsal des russischen Dniepr und Don durch den Bosphorus in das Mitteländische Meer nicht von einer so starken Seemacht bestehn lassen, als es Großbritannien ist. Wenn auch das Schwarze Meer zwischen dem Don, Dniepr und dem Bosphorus liegt, so würde eine Verschiebung des Bosphorus doch dem russischen Handel die Aehren unterbinden und seiner Flotte den Weg zum Weltmeer versperren. Sollte ein russischer Kaiser wirklich einmal Konstantinopel erobern, oder dazu gezwungen werden, es dauernd zu besetzen, dann aber auch bis zur Unüberwindlichkeit in besetzen, so wäre das der Anfang des Zerfalls von Russland. Wenn ich auch meine Residenz nie dort aufschlagen würde, so würde das doch mein Sohn, vielleicht auch erst mein Enkel thun; aber geschehen würde es, denn am Bosphorus ist es wärmer, angenehmer, schöner als in Moskau und Petersburg, und wenn der Kaiser in Konstantinopel residirt, hört Russland auf, Russland zu sein. Kein Russe kann das wünschen; aber freilich giebt es nur Wenige, die an eine solche Möglichkeit denken. Das orthodoxe Christenthum auf der Soophienmosche möchte jeder Russe leben. Ich nicht minder; aber den Krenn wird keiner nach den sieben Thürmen verlegt zu leben wünschen.“

Ob Kaiser Nikolaus Ähnliches auch zu Sir Seymour gesagt, weiß ich nicht. In den Berichten desselben ist es nicht zu finden. Daß aber die meisten vornehmen und hochgestellten Russen ebenso denken, ja es für das größte Unglück halten, welches ihr Vaterland nur treffen könnte, wenn der Caar auch einmal in Konstantinopel residiren sollte und die Generalgouverneure von Moskau und Petersburg zu Satrapen in partibus werden müßten, das kann ich aus eigener persönlicher Wahrnehmung bei den verschiedensten Gelegenheiten, versichern. Und in der That liegt der Gedanke so nahe, daß man sich eigentlich wundern muß, ihm nicht auch schon in der politischen Presse begegnet zu sein. Damit es vielleicht geschehe, theile ich Ihnen das damals Gehörte mit. Allerdings habe ich es nicht selbst gehört, aber unmittelbar danach von dem Hörer erzählen hören. Also: relata refero.“

Deutscher Reichstag.

13. Sitzung. (Schluß.)

Berlin, 26. November. Im Fortgang der Beratung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung erinnert der Abg. Adermann bei dem Titel, der von dem Abg. der Zeitungen handelt, auf Neue daran, den Tarif für den Bezug wissenschaftlicher Zeitschriften zu revidiren.

Abg. Sonnemann lenkt die Aufmerksamkeit des Chefs der Post auf den Bezug deutscher Zeitungen im Auslande durch Agenturen, wie sie in Köln und an auswärtigen Plätzen bestehen, jedoch dem Bedürfnis nicht entsprechen, schon darum nicht, weil sie nicht genügend bekannt sind. Man könnte zwar bei der Kölner Agentur Zeitungen mit dem üblichen Postaufschlag von 25 Prozent bestellen, habe aber die Unbequemlichkeit, den Abonnementspreis frankirt einsenden zu müssen. Wäre nicht die Etablierung offizieller Agenturen der deutschen Reichspost im Auslande möglich? — Und Schmidt (Stettin) fragt, ob Herr Stephan, dem in der vorigen Sitzungsberatung gekündigten Wunsch, daß das Postzeitungsamt und die Zeitungskommission reformirt werde, näher getreten sei.

Der Generalpostmeister erwiedert Herrn Adermann, daß bezüglich der Erleichterungen im Postverkehr der Wochenblätter genaue Berechnungen angestellt seien, aus denen sich ergeben habe, daß eine solche Erleichterung notwendig eine anderweitige Vermehrung der Einnahmen, um den Einnahmeausfall zu decken, vor Allem aber eine vollständige Revision des Gesetzes erfordern würde, welches diesen Vertrieb regelt. Für eine so umfassende und in alle Verhältnisse tief einschneidende Maßregel scheint uns der Zeitpunkt nicht geeignet. Den Abg. Sonnemann verweist Herr Stephan auf die bereits bestehenden Agenturen in Brüssel, Paris, London und Newyork.

Abg. Nordde zur Rabenau: Die Revision des betreffenden Gesetzes erscheint gerade als eine Nothwendigkeit, wenn man billig und gerecht gegen die Steuerzahler des Reiches sein will. Denn man kann ihnen nicht zumuthen, daß sie zu den Kosten des Zeitungsbezuges durch die Post beitragen sollen, während die Postverwaltung die Zeitungen unter dem Selbstkostenpreis an den Abonnenten liefert und zwar gerade die großen, täglich mehr als einmal erscheinenden Blätter, während gerade die wissenschaftlichen, wöchentlich und monatlich erscheinenden Journale unter dieser Behandlung entschieden leiden.

Der Generalpostmeister erwiedert, daß an eine solche Revision bisher deshalb nicht gedacht worden sei, weil man die Entwicklung des Zeitungsbezuges nach Aufhebung des Zeitungsstempels erst nach längere Zeit habe beobachten wollen, bevor man zu einer so bedeutenden Maßregel, wie die gewünschte Revision sein würde, greifen zu dürfen.

Abg. Sonnemann bemerkt, daß ihm die Existenz der erwähnten Zeitungs Agenturen sehr wohl bekannt sei, aber diese Agenturen machten willkürliche Preise und die Frage sei eben, ob diesem Uebelstande nicht durch offizielle Fixirung der Abonnementspreise abgeholfen werden könne. Und Freiherr zur Rabenau bezeichnet seinen Wunsch nach Revision des Postzeitungscomtoirs nicht als einen solchen, der sofort erfüllt werden und schon auf den Etat von 1876 von Einfluß sein sollte.

Unter den fortwährenden Ausgaben figuriren unter Titel 9 die Gehälter von 4222 Post- und Telegraphensekretären mit Durchschnittsgehältern von 2325—2250 Mark. Außerdem erhalten die 95 ältesten dieser Beamten in Berlin je 300 Mark, und die 95 nächstältesten je 150 Mark Zuschuß. Abg. Lingens hält das in Folge der Ver-

schmelzung des Post- und Telegraphen-Etats herbeigeführte Durchsicherungs- und der Telegraphensekretäre für eine erhebliche Verschlechterung der Lage der ersteren, und erachtet außerdem den Berliner Beamten bewilligten Zuschuß für unzureichend und nicht im Verhältnis stehend mit der Schwierigkeit und Verantwortlichkeit ihrer Aufgabe. Ein Bundeskommissar erwiedert, daß das gleiche Verhältniß, wie zwischen Post- und Telegraphensekretären auch zwischen Ober-Post- und Ober-Telegraphensekretären, zwischen Post- und Telegraphen-Inspektoren und Direktoren bestehe. Die Berliner Sekretäre ständen befürmt um noch besser, als diejenigen der anderen größeren Städte und ermöglichen die Sätze des vorliegenden Etats eine weitere Verbesserung ihrer Lage.

Abg. Saffelmann erklärt, der Generalpostmeister habe nicht geirrt, wenn er Seitens des Sozialdemokraten das Verlangen nach einer Verbesserung der Gehälter der Post-Unterbeamten erwartete. Die Gehälter hätten sich in den letzten zwanzig Jahren um 15—20 Prozent erhöht, während die Preise aller Lebensmittel um 100 Prozent gestiegen seien. Ein Landbriefträger beziehe heute 1½ Mark täglich, womit kein Tagelöhner zufrieden ist. Wenn dennoch nur vereinzelte Petitionen um Gehaltsaufbesserung an das Haus gelangen, so hat das seinen Grund in der systematischen Einschüchterung, mit der derartigen Bestrebungen seitens der Oberbehörden entgegengetreten wird. Ein intelligenter und energischer Agitator unter den Postbeamten wird einfach über Bord geworfen, es heißt da: Nicht raisonniren! Die behauptete Steigerung der Lebensbedürfnisse sei keine sozialdemokratische Uebertreibung und erfordere zum Mindesten eine eingehende Enquete. Mit Beibehaltung der gegenwärtigen Gehälter degradirt man das Unterbeamtenthum oder man treibt es dazu, sich ebenso wie die Lohnarbeiter zusammenzutun, sich wie diese als eine enterbte Klasse zu betrachten.

Abg. Dr. Windthorst verkennt den Druck ebenfalls nicht, welcher gegenwärtig auf dem niederen Beamtenstande ruht, fürchtet aber daß Reden, wie die eben gehaltenen, die Unzufriedenheit nur vermehren würde und daß die Beamten, die Saffelmanns Rathschläge befolgen wollten, nur in eine schlimmere Situation gerathen würden. Das entbinde aber den Reichstag nicht, sorgfältig zu prüfen, wie die Lage dieser Beamten zu verbessern sei. Seines Erachtens sei die Verringerung des Beamtenpersonals dazu eine der ersten Voraussetzungen und werde er bei Gelegenheit der Diskussion der die Gehaltsfrage betreffenden Petitionen darauf zurückkommen. — Tit. 9 wird bewilligt.

Bei Tit. 10 leit Abg. Sonnemann dem Generalpostmeister besonders die Berücksichtigung einer Petition der Telegraphenboten nahe, deren angestrebter Dienst in den großen Handelsplätzen in fernem Verhältnis zu ihrer Besoldung stehe. In Berlin werden jährlich 5 Millionen, in Frankfurt a. M. 2 Millionen, in Königsberg dagegen nur 480,000 Depeschen ausgetauscht. Die Zahl bestimmt sich daher nicht nach der Kopfzahl der Bevölkerung, sondern hängt von der Bedeutung der Stadt als Handelsplatz ab. Abg. Schmidt (Stettin) empfiehlt die Nachahmung einer Einrichtung Englands, welches gerade an Handelsplätzen mit Erfolg Knaben als Telegraphenboten verwende. — Der Titel wird genehmigt.

Zu Tit. 10 (Wohnungsgeldzuschüsse) macht Abg. Westphal darauf aufmerksam, daß im nächsten Jahre eine Revision der Klassifikation der Städte bevorstehe und spricht den Wunsch aus, daß man dabei auch die ländlichen Ortschaften in Betracht ziehen möge, in denen die Beamten mitunter theurer wohnen müßten, als in kleinen Städten. — Der Titel wird bewilligt.

Bei den Vergütungen an auswärtige Postbehörden und Dampfschiff-Unternehmungen spricht Abg. Schmidt (Stettin) den Wunsch aus, daß der 1868 zwischen dem norddeutschen Bunde und Dänemark abgeschlossene Vertrag wegen der Dampfschiffahrt zwischen Kiel und Kopenhagen nicht erneuert werden möge, sobald die Nordbahn Rosdok noch schneller mit Berlin als jetzt verbinde. Auf der Linie zwischen Kiel und Rostock ist der Reisende acht Stunden, auf der Linie von Rostock nach Nyeloping nur 3 Stunden auf See und ist der Weg auf dieser Route überhaupt kürzer. Das deutsche Reich zahlt jetzt für die Linie Kiel-Rostock pro Jahr 45,000 Mark und die Hälfte der Kosten des Betriebes durch dänische Dampfschiffe, welche im Kriegsfall als Aviso's gegen uns benutzt würden. Für die Verbesserung der Post erhält auch die Linie Rostock Nyeloping schon jetzt eine Vergütung. Man wird rechtzeitig kündigen müssen.

Bei Titel 8 der „Einmaligen Ausgaben“ (zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Leipzig für den Paketbeförderungsdienst 165,000 Mark) bemerkt

Abg. Bähr (Kassel): Bei dieser Position wird in den Erläuterungen auf das Reichsgesetz vom 25. Mai 1873, betreffend das Reichseigenthum, Bezug genommen. Der § 12 dieses Gesetzes bestimmt, daß eine vollständige Uebersicht und ein Verzeichniß der in das Eigenthum des Reiches übergegangenen Grundstücke dem Reichstage vorzulegen sei. Daß ich bisher noch nicht gesehen. Es wäre doch sehr wünschenswerth, daß wir endlich die durch das Gesetz geforderte Uebersicht erhalten.

Präsident Delbriück: Wenn diese Uebersicht noch nicht vorgelegt ist, so beruht das darauf, daß die Anerkennung eines solchen Verzeichnisses durch die Bundesstaaten sehr weitgehende und sehr langwierige Verhandlungen voraussetzt. Obgleich nach dem Erlass des Gesetzes sofort an die Ausarbeitung dieses Verzeichnisses gegangen ist, bin ich doch noch heute keineswegs im Stande auch nur zu sagen, daß schon in der nächsten Session ein solches Verzeichniß wird vorgelegt werden können.

Die Position wird bewilligt und ist damit die Beratung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung beendet.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. (Etagsberatung, Wahlprüfungen und Antrag Schulze betr. die Gewährung von Diäten).

Außerordentliche Generalsynode.

Berlin, 26. November.

III.

Die Tribünen des Hauses sind dicht besetzt. Am Tische des Oberkirchenraths und der Regierung: Dr. Hermann, Dr. Schönow und Dr. Foerster u. A., später Minister Dr. Falk. Die Synodalen sind fast vollständig erschienen. Dem Synodal-Präsidium ist gefahren zu dem § 38 des Entwurfs vom Oberkirchenrath eine Denkschrift, betreffend die Verhältnisse der Kirchen- und Staatsbehörden zugegangen. Als Schriftführer fungirt heute Dr. Sommerbrodt, unterstützt von den Herren Mita und Böttcher. Nachdem letzterer das Protokoll der vorigen Sitzung verlesen und dasselbe ohne wesentliche Einwendungen angenommen, werden Urlaubsgesuche des Gr. v. Arnim und des Landraths Franz genehmigt. Neu eingetreten in die Synode sind die Herren Oberpräsident Günther und Oberpfarrer Wende, dieselben leihen das übliche Geißeln. Graf von Krasnow wünscht, daß die Redner von schwachem Organ und solche, bei denen der Wunsch dazu in der Versammlung laut werde, von der Tribüne sprechen möchten. Hierauf tritt die Synode in die Tagesordnung ein und verlangt von dem Vorredner, der auf der Rednerliste oben steht, unter großer Heiterkeit das Besingen der Tribüne.

Graf von Krasnow: Tempora mutantur et nos mutamur in illis. Die Kirchen-Synodal-Ordnungen werden von uns mit Mißtrauen betrachtet, da wir wünschen, daß die Kirche sich eng an den Staat anlehne. Diese Anschauung hat jetzt eine Wandlung erfahren, wir wünschen einen Abbruch unserer Synodal-Ordnung und wollen, daß unsere evangelische Kirche auf eigene Füße gestellt werde, halten diese Frage aber nicht für so brennend, daß wir das Ziel um jeden Preis erkämpfen sollten. Wir müssen prüfen, ob der Preis nicht zu theuer. Wir wollen die Kirche nicht unter allen Umständen unter Dach bringen, sondern vor allem prüfen, ob das Dach auch haltbar sei und ob diejenigen, die den Bau abnehmen sollen, anerkannt werden, daß derselbe gut konstruirt sei. Der Redner hat mehrere Bedenken gegen die Vorlage, erstens hält er die Bezeichnung in § 4 der Vorlage, welcher von dem Wirkungskreis der künftigen Synode handelt, „auf dem Grunde des evangelischen Bekenntnisses“ für einen

lapsus calami oder gar für einen Druckfehler. Es sei ausgesprochen, der Bekenntnisstand solle unberührt sein, unter demselben verstehe er aber die historisch geltenden Bekenntnisse. Die Vorlage scheine der jetzt herrschenden Strömung nach „Freiheit der Kirche“ stark Rechnung zu tragen, die Freiheit vereinige sich aber nicht damit, daß der Staat das Recht für sich in Anspruch nehme, die Grenzen zwischen Staat und Kirche allem zu ziehen. Das Kirchenregiment sei an die Gesetzgebung gebunden, an welcher Männer theilnehmen, die nicht zur evangelischen, ja nicht einmal zur christlichen Kirche gehören. Er finde in der Bestimmung des § 5 Al. 3 ein Placet bester Form, dagegen sträube sich sein preussisches royalistisches Herz, diese Bestimmung schmede ihm zu sehr nach Major domus. Der Redner hat außerdem starke Bedenken gegen § 6 Al. 3 des Entwurfs, wodurch die Kirche zentralisirt, die Prov.-Syn. ohnmächtig gemacht würden, und gegen die Schlußbestimmungen des Entwurfs.

Dr. Techow spricht sein Mißfallen gegen § 4 im Einverständnis mit dem Vorredner aus, wünscht ihn aber gänzlich gestrichen zu sehen, ist sonst im Allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden und hofft, daß dies auch den Bau der Kirche schätzen werde. Wenn er mit seinen Freunden sich an diesem Werke betheilige, so hofften sie durch die Macht ihrer Liebe zur evangelischen Kirche den Eifer dogmatischen Erkennens und Bekenntens allmählich zurückzuführen. Er halte es nicht für das kleinste Verdienst unseres Königs, daß es sich der absoluten Herrschaft über die Kirche begeben habe. Das Wort „definitiv“ heiße nach den Erklärungen des Kultusministers vom 2. Januar v. J., daß der Landesherr die Kirchenordnung nicht eigenmächtig übernehme, sondern nur im Verein mit der gesammten Kirchenvertretung. Redner wünscht, daß nicht etwa der § 7 dahin angewendet werde, daß der Bekenntnisstand der Kirche der Gesetzgebung unterworfen werde. „Das protestantische Gewissen vertritt keinen in sich lebenden Pakt, mag er nun in einer Person oder in einer vielköpfigen Synode sich darstellen.“ Der Redner erklärt sich im weiteren Verlauf seines Vortrages gegen den § 5, und auch den Syn.-Rath hält er für nicht notwendig, stattdessen wünscht er am Schluß der Verhandlungen einen Ausschuss gewählt zu sehen.

v. Kleist-Resow beginnt seinen Vortrag mit dem Dank gegen Gott und den König, der nach den großen Siegen daran erinnert habe, daß wir der Gnade Gottes alles verdanken, und nach Einführung der Zivilrechte auf die kirchlichen Pflichten hingewiesen habe. Nachdem durch den Erlass der Verfassung die Macht des Königs mannigfach beschränkt und die bürgerlichen Rechte unabhängig von dem Bekenntnis geworden, sei es nötig, daß die Kirche von den bisherigen Organen losgelöst würde. Der Redner geht dann in einen pastoralen Vortrag über.

Dr. Benschlag (Professor in Halle) giebt seinem Vortrag eine stark elegische Färbung. „Jetzt, wo der Staatsgedanke sich in Deutschland in seiner Hochfluth befindet, muß man im besten Fall mit einer im engen Kreise eingeschlossenen, bescheidenen Freiheit vorlieb nehmen.“ Seine Freunde von der Rechten apostrophirend, spricht er sein Bedauern darüber aus, daß der Gedanke des allgemeinen Priestertums von ihnen nicht früher geduldet wurde. Wir würden sonst heute weiter sein.“ Die Schlußbestimmungen gefallen ihm nicht.

Past. Meinhold findet, daß die Schlußbestimmungen gegen göttliches und menschliches Recht verstoßen, will seine Hände davon rein behalten. Daß der Kultusminister, Dank der Bestimmung des § 5, zwischen die kirchlichen Organe und den summus episcopus geschoben werde, halte er für unmöglich, er wolle lieber unter dem Absolutismus des Kirchenfürsten stehen, als in Unterthänigkeit unter dem Landtag und anderen politischen Körperschaften. Schließlich bemerkt der Redner, daß er mit seinen Freunden nicht gegen die Förderung der Einheit der Landeskirche wäre, sie seien vielmehr sehr blumenreich. Aber eine tüchtige Landeskirche sei ohne eine kräftige und stramme Ausgestaltung der Provinzialsynoden nicht denkbar.

Abg. Miquel (vom Hag) ist erfreut, daß sich für die Einheit der Landeskirche alle Redner erklärt hätten. Es lasse sich nun die Hoffnung schöpfen, daß durch Meinungsverschiedenheiten über das Waag der Laienvertretung das große Werk nicht mehr gestört werden, glaubt nicht, daß durch eine stärkere Vertretung des geistlichen Elements in der Synode auch die Stabilität in der Entscheidung des Bekenntnisses stärker sein werde. Im weiteren spricht sich der Redner gegen die unmittelbare Wahl der Synode aus der Bevölkerung aus, denn er fürchtet aus derselben eine schädliche Zentralisation der Kirche und die Folgen der Majoritätswirksamkeit für die Bekenntnisfreiheit, er will vielmehr die höchste Vertretung aus den unteren Stufen, den Kreislandtagen, hervorgehen lassen. Die Provinzialsynoden sollen aber auch nicht zu bloßen Wahlkörpern herabgedrückt werden, es wird genau zu prüfen sein, welche Befugnisse denselben zuertheilt werden sollen. Den § 4 hält der Redner für viel zu unklar, § 6 ist klarer, doch wünscht er denselben im Einzelnen geändert zu sehen; wie vorhin Techow spricht er sich gegen den § 7 des Entwurfs aus. Für sehr wichtig in dem Verfassungswerk hält der Redner eine stärkere Vertretung des Laienstandes, es ist das, was der Kirche heute am meisten noththut; denn worüber werde heute am meisten geklagt? Ueber die Isolirung der Kirche, und über die stets wachsende Verminderung des kirchlichen Interesses. Andererseits sehe man, daß das Interesse steige durch die gemein same Arbeit. Sollte die evangelische Kirche eine Volkskirche werden, dann sei eine stärkere Vertretung des Laienlements durchaus notwendig. Sollte hierin für die Kirche eine Gefahr liegen? Dann müßten wir das Prinzip der Freiheit aufgeben, und uns beugen unter das Prinzip der Autorität.

v. Dietz meint, daß eine bestimmte Parteibildung der Vorlage gegenüber nicht nötig sei, stellt sich für seine Person aber auf den Boden des positiven Glaubens. Indem der Redner sich gegen die Schlußbestimmungen ausdrückt, theilt er mit, daß es in den einzelnen Städten Schieds vorgekommen, daß seit Monaten keine kirchliche Ehe geschlossen, und daß man bei der Schulaufsicht den Grundsatz zu verfolgen scheine, die Schulinspektoren gerade aus der Konfession zu wählen, zu welcher sich die betreffende Bevölkerung nicht bekenne. Außer gegen das Placet des § 5 wendet sich der Redner gegen den § 21 Al. 2 („Dem Könige steht es zu, jederzeit die Versammlung zu schließen oder zu vertagen“), da er diesen Satz für unklar halte. Bei steigender Unruhe im Hause bleiben viele Ausführungen des Redners unverständlich.

Minister Dr. Falk: Wenn ich mich in Bezug auf die Beratungen dieser hochwürdigen Versammlung im höchsten Maße zurückhalten verhalte, so erinnere ich mich eines Wortes, welches in diesem Hause bei anderer Gelegenheit gefallen ist: Ich möchte keinen Druck auf die Generalsynode üben, sondern ihr volle Freiheit lassen. Ich weiß zwar, daß meine Worte keinen Druck auf diese hochwürdige Versammlung ausüben können, und ersehe deshalb in jenen Worten die Aufforderung, auch den Schein eines Druckes zu vermeiden. Den Vorwürfen, welche der Vorredner in Bezug auf das Schmelzen in der Provinz Sachsen gemacht hat, werde ich entgegenzutreten in der getroffenen Anordnungen zu vertheiligen haben vor der Landesvertretung und im Staatsministerium. Die Fragen über die Berechtigung des Allerhöchsten Kirchenregiments zur Aenderung in der Kirchenverfassung, bejahe ich, ebenso wie ich die hier wiederholte, von mir dem Worte definitiv gegebene Bedeutung bestätige. Die Kompetenz und Stellung der Generalsynode soll erst durch diesen Entwurf endgültig festgestellt werden. Die Fragen: Wie wird die Generalsynode gebildet? Aus welchen Organen hat sie hervorzugehen? Diese Fragen sind zur freien Beratung der hochwürdigen Versammlung gestellt. Dies ist Ihr Recht, und diese Freiheit hat Ihnen auch der Träger des Kirchenregiments nicht nehmen wollen.

Ein Antrag auf Vertagung von Freiherrn v. d. Goltz u. A. wird angenommen. Dr. Redner spricht den Segen: Der Herr segne uns u. i. w. Amen! Schluß 3 Uhr 30 Minuten. Nächste Sitzung: Morgen, Vormittag 11 Uhr. Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. (N. Berl. Tagl.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 27. November.

Der hiesige Dilettanten-Orchester-Verein, der seit neun Jahren unter der Leitung des Herrn J. Gürlich besteht, beabsichtigt nächsten Montag im Lambert'schen Saale ein Konzert zu veranstalten. Dieser Verein, der gegenwärtig 34 aktive Mitglieder zählt, durch welche fast sämtliche Instrumente vertreten sind, hat den Zweck, die hiesigen instrumentalen Kräfte zu bereinigen, im Zusammenspiel zu üben und daher zur Hebung der Musik beizutragen. Der Ertrag des Konzerts, in welchem klassische und moderne Kompositionen vorgetragen werden, soll zur Anschaffung verschiedener Instrumente, die dem Verein noch fehlen, verwendet werden; möge daher das musikalische Publikum diesen gemeinnützigen Zweck durch rege Theilnahme unterstützen.

r. Behufs Gründung eines posener Vereins zur Unterstützung von Landwirtschaftsbeamten fand am 26. d. M. Nachmittags im Lambert'schen Saale auf Veranlassung des Vorstandes des landwirtschaftlichen Provinzialvereins für Posen eine Versammlung statt, an der sich viele Gutbesitzer und Landwirtschaftsbeamte unserer Provinz beteiligten. Ueber den Verlauf der Beratungen, deren Resultat wir bereits gestern mitgeteilt haben, berichten wir folgendes:

Den Vorsitz führte der Rittergutsbesitzer v. Schenk-Rawencin, Vorsitzender des landwirtschaftlichen Provinzialvereins für Posen. Derselbe eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß dieselbe aus dem Bestreben hervorgegangen sei, einem bereits bestehenden Vereine zur Unterstützung von Landwirtschaftsbeamten, der sich bisher aber nur in engen Grenzen bewegt habe, eine Ausdehnung über die ganze Provinz zu geben. Hierauf ergriß der Landrath v. Wilamowitz-Möllendorf (Inowrazlaw) das Wort, um über den von einer Kommission ausgearbeiteten Statutenentwurf zu referieren. Er präzisirte die Aufgabe dieser Vereine dahin, brodiös gewordenen Landwirtschaftsbeamten neue Stellen zu beschaffen, denselben Hilfe zu leisten, wenn sie durch Unfälle und Krankheiten in Noth gekommen seien, ferner: arbeitsunfähig gewordenen Beamten eine Pension, sowie deren Wittwen und Waisen eine Unterstützung zu sichern. Damit derartige Vereine prosperieren könnten, müßten sie zweckentsprechend organisiert sein: die Landwirtschaftsbeamten eines Kreises hätten eine Kreisversammlung zu bilden, und diese ihre Delegirten zu wählen; die Delegirtenversammlung habe alsdann das Direktorium und den Aufsichtsrath zu wählen; das Direktorium sei in seinen Funktionen durch die Kreisvorstände zu unterstützen. Derartige organisierte Vereine gebe es bereits seit Jahren in den Provinzen Schlesien, Brandenburg, Preußen, Posen; der Verein in der Provinz Posen habe aber einen ausschließlich polnischen Charakter. Die deutschen Landwirtschaftsbeamten im Kreise Inowrazlaw wären im Jahre 1867 gleichfalls zu einem derartigen Vereine zusammengetreten und hätten beabsichtigt, denselben eine größere Ausdehnung zu geben, indem sie ihm den Namen: Bromberger Landwirtschafts Beamten-Unterstützungsverein gaben; doch sei es nicht gelungen, die nöthige Anzahl von Kreisvereinen im Regierungsbezirk Bromberg zu bilden, so daß der Verein gegenwärtig nur 36 Mitglieder im Kreise Inowrazlaw zähle. Um dem Vereine eine Ausdehnung über die ganze Provinz zu geben, seien die Delegirten desselben mit den Delegirten der landwirtschaftlichen Hauptvereine vor einigen Monaten in Posen zu Beratungen zusammengetreten, und sei damals die Gründung eines neuen Vereins beschlossen worden, in welchem der Bromberger Verein aufgehen solle. Es sei bei diesen Beratungen die Nationalitätenfrage berührt worden, und um zu verhindern, daß, wie dies mit dem älteren, jetzt polnischen Vereine geschehen, das deutsche Element aus demselben verdrängt werde, sei in § 4 des Statutenentwurfs die Bestimmung getroffen, daß die deutsche Sprache Geschäftssprache des Vereins im schriftlichen wie im mündlichen Verkehr sei. Ferner wurde, um dem Vereine einen Anhalt zu geben, in § 19 festgelegt, daß der jeweilige Direktor des landwirtschaftlichen Provinzialvereins für Posen Protokoll der Beschlüsse der Unterstützungsverein sein und die Berechtigung besitzen solle, den Sitzungen des Direktoriums v. v. mit vollem Stimmrecht beizuwohnen. Auch die Frage ob es sich empfehlen werde, einen selbstständigen Verein zu bilden, oder sich an einen anderen derartigen Verein z. B. den Berliner, anzuschließen sei zur Erörterung gekommen, doch in Erwägung, daß bei der zentralisirten Verwaltung des Berliner Vereins naturgemäß der Schwerpunkt stets in Berlin liegen werde, die Gründung eines selbstständigen Vereins beschlossen. Die wirklichen Mitglieder zerfallen nach § 2 des Entwurfs auf Grund der einen Einschätzung in drei Klassen, je nachdem sie 12, oder 24 oder 36 M. und darüber jährlichen Beitrag zahlen, und richtet sich danach auch die Unterstützungsberechtigung. Der Referent empfiehlt schließlich die Annahme des Statutenentwurfs, und die Gründung eines derartigen Vereins, da derselbe die Aufgabe habe, unter den Landwirtschafts Beamten, ein sittliches Band zu knüpfen und die Berufsschere zu weiten und zu füllen; es sei dies um so wichtiger, als gerade diese Beamten berufen seien, auf die Festigung der niederen ländlichen Bevölkerung einzuwirken. Eine längere Diskussion entspann sich nun darüber, ob ein derartiger selbstständiger Verein in der Provinz Posen zu gründen ist. Dagegen sprachen die Rittergutsbesitzer v. Kennemann, v. Jagow, und einer der Landwirtschaftsbeamten; es wurde insbesondere geltend gemacht, daß der Verein wenige Mitglieder zählen werde, da die Polen sich selbstverständlich fern halten würden und die meisten deutschen Landwirtschafts Beamten bereits entweder dem Berliner oder dem schlesischen Vereine angehören, welche beide sehr gut situiert seien und bedeutende Garantien bieten; würden die Beamten aus diesen Vereinen auscheiden, so würden sie damit ihre Anrechte an dieselben aufheben, die Bildung eines selbstständigen Vereins empfehlen; der Wirtschaftsbereiche Virel, welcher ein Bild von der oft recht trostlosen Lage mancher Landwirtschaftsbeamten entwarf und es den Gutbesitzern ans Herz legte, durch reichliche Beiträge den neu zu gründenden Verein zu fördern. Domänenpächter Hauptmann Raumann-Milufewski, der zwar für Gründung eines selbstständigen Vereins sich aussprach, aber auch eventuell für Anschluß an den Berliner Verein zu stimmen erklärte, so wie Dekonomie-Direktor Lehmann-Mitsche, welcher warm empfahl, auch in dieser Angelegenheit sich auf eigene Füße zu stellen, und sofort zur Bildung des Vereins 100 Thlr. offerirte. Es wurde hierauf von der Versammlung besch. offen, einen selbstständigen posener Verein zur Unterstützung von Landwirtschaftsbeamten zu gründen, und alsdann in die Statutenberatung einzutreten; § 13 des Entwurfs erhielt einen Zusatz, wonach jeder Besitzer zc., welcher durch Vermittelung des Vereins einen Beamten ernannt, einen einmaligen Beitrag von 1 Pct. des Gehalts dieses Beamten an die Vereinskasse zu zahlen hat. § 16 wurde dahin abgeändert, daß bei etwaiger Auflösung des Vereins die vorhandenen Mittel dem landwirtschaftlichen Provinzialverein behufs Unterstützung von Landwirtschaftsbeamten überwiesen werden sollen. Ablesen von diesen Abänderungen, wurde der Statutenentwurf an bloc angenommen. Zur Bildung des Direktoriums und des Verwaltungsrathes wurden auf 3 Jahre gewählt: die Rittergutsbesitzer Kennemann auf Klenka, der Bethmann-Gollweg auf Runowo, Dekomedirektor Lehmann, Graf Solms-Radziejewski, ferner Landrath v. Wilamowitz-Möllendorf und Rentier, früherer Gutsherr Rollin, und die Wirtschaftsbeamten: Wirtschaftsdirektor Schindowski, Inspektor Winkler, die Administratoren Bachmann, Virtel, Anders und Kühner. Schließlich wurde eine Liste zur Zeichnung von Beiträgen für die Vereinskasse aufgelegt.

r. In Betreff der neuen Straße, welche zwischen der R. Ritter- und Wallstraße, parallel der St. Martinsstraße, angelegt werden soll, wird uns noch folgendes mitgeteilt: Diejenigen Leistungen, welche die betr. Adjacenten bei Anlage der Straße zu übernehmen sich verpflichten, befinden darin, daß sie einerseits die neue

Straße, die eine Breite von 54 Fuß erhalten soll, bis zur Hälfte der Straßenbreite auf ihre Kosten pflastern lassen, außerdem aber auch laut dem Vertrage vom 8. Juni 1874 der Oberösterreichischen Eisenbahn an denjenigen Stellen, wo diese mehr als die Hälfte der Straßenbreite zur Anlage der Straße hergibt, dafür Entschädigung gewähren. Da nämlich die Grenzlinie zwischen den Grundstücken der Oberösterreichischen Eisenbahn und der betr. Adjacenten keine gerade ist, so hat die Oberösterreichische Eisenbahn nicht bloß ein 27 Fuß breites Terrain, sondern außerdem auch noch Terrainsstücke von der Mittel- und der Straße bis zu der Grenzlinie der Adjacenten zur Anlage der Straße herzugeben; für diese Terrainsstücke, deren Breite bis zu 6 Fuß variiert, haben die Adjacenten nach dem obigen Vertrage eine entsprechende Entschädigung an die Oberösterreichische Eisenbahn zu leisten, wobei der Quadratfuß meist mit 15 Sgr. berechnet ist, was für die Quadratruthe 72 Thlr. ausmacht. Wie bereits mitgeteilt, sind alle Adjacenten bereit, diese Entschädigungssumme zu zahlen, bis auf den bereits erwähnten Hausbesitzer, der für einen Terrainsstreifen von ca. 7 Fuß Breite und 60 Fuß Länge den Betrag von 203 Thlr. zu zahlen hätte. Wie bedeutend übrigens die betr. Grundstücke durch die Anlage der neuen Straße an Werth gewinnen, geht daraus hervor, daß einzelne Hauptstücke an derselben bereits für 5000—6000 Thlr. verkauft worden sind. Im eigenen Interesse haben deswegen die Hausbesitzer sich gern zu den obigen Opfern bereit erklärt.

r. Das Volkszählungsbureau, welches anfänglich, wie bereits mitgeteilt, im Stabsverordneten-Saale un-erbracht war, ist später nach dem Alumnate beim Marienhospital, in welchem bekanntlich seitens des Herrn Kultusministers der Kommune Posen einige Räume zu Schulzwecken einwilligen bewilligt sind, verlegt worden. Das Bureau steht unter Leitung des Distriktskommissarius a. D. Knopf, und sind dort gegenwärtig 4—5 Hülfarbeiter beschäftigt. Voraussichtlich werden die Volkszählungsarbeiten, die eigentlich erst recht nach dem 1. Dezember d. J. beginnen, sich bis in den Februar hinein erstrecken, so daß die gesammelten Arbeiten etwa 3 bis 4 Monate Zeit erfordern. Die Anzahl der erforderlichen Zähler (ca. 370) ist gegenwärtig so ziemlich befestimmt. Die Zählung der Zählarten an die Haushaltungs-vorstände hat bereits begonnen.

r. Eisenbahn-Einnahmen. Die Breslau-Posen-Slogauer Bahn hatte pro Oktober d. J. eine Einnahme von 636,081 M., d. h. 10,640 M. weniger als im Oktober d. J.; die Einnahme von Anfang d. J. bis Ende Oktober betrug 5,975,138 M., d. h. 73,706 M. weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. — Die Starogard-Posener Bahn hatte pro Oktober d. J. eine Einnahme von 383,367 M., d. h. 5,708 M. weniger als im Oktober d. J.; die Jahres-Einnahme bis Ende Oktober d. J. betrug 3,402,249 M., d. h. 138,637 weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. — Die Märkisch-Posener Bahn hatte pro Oktober d. J. eine Einnahme von 272,796 M., d. h. 27,058 M. mehr als im Oktober d. J.; die Jahres Einnahme bis Ende Oktober d. J. betrug 2,490,670 M., d. h. 273,171 M. mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

— Ueber die 5 Hauptgewinne der prauster Lotterie wird der „B. Z.“ aus Danzig folgendes mitgeteilt: Der erste und dritte Hauptgewinn fiel nach Danzig, der zweite nach Neustadt Westph., der vierte nach Posen und der fünfte nach Bütow in Pommern. Das Danzger in Poppo hat ein hiesiger Postfretär, Kimmel, erhalten, das Neustädter Mobiliar ein gleichfalls hiesiger Kaufmann, Conrad. In Neustadt ist die glückliche Inhaberin des Kaufmann-Mobiliars die Tochter eines Gastwirths, welche ihren Gewinn z. B. in Danzig zum Kauf ausbietet. In Posen endlich haben ein Väder und ein Buchdrucker zusammen den Besitz gewonnen, den zweiten Flügel ein in Bütow ansässiger Kaufmann.

— Standesamt der Stadt Posen. In der Woche vom 20. bis incl. 27. November sind zu den Standesregistern angemeldet worden:

I. 48 Geburten (2 mehr als in vorhergehender Woche), und zwar 28 männliche und 20 weibliche, darunter 6 uneheliche.

II. 27 Sterbefälle (also 3 weniger als in voriger Woche). Die Zahl der Geburten übertrifft daher die der Gestorbenen um 21. Von den Gestorbenen waren 16 männlich, 11 weiblich, und befanden sich darunter 7 Kinder unter 1 Jahre.

III. 21 Eheschließungen. Von diesen waren 2 rein evangelisch (d. h. beide Theile evangelisch) und 15 rein katholisch. Bei 4 Eheschließungen war die Frau katholisch und der Mann evangelisch. Vor der Verehelichung wohnten 4 Paare in einem und demselben Hause. 14 der Geborenen stammen aus evangelischen, 22 aus katholischen, 10 aus mosaischen und 2 aus gemischten Ehen. Von den 27 Gestorbenen waren 8 evangelisch, 13 katholisch und 6 mosaisch.

— Schwindel. Vor Kurzem enthielten auch die hiesigen Blätter ein Inserat, welches eine feine, elegante, schwarzseidene Robe zum Preise von nur 3 Mark ausbot; Adressen wurden unter A. 50 an die Annoncen-Expedition von R. Wosse in Köln erbeten. Wie die „Tilfit. Zeitung“ nun berichtet, gingen von dort eine Unmasse von Anfragen bei der bezeichneten Firma in Köln ein und jeder Abnehmer erhielt als bald einen gedruckten Brief, in welchem ihm mitgeteilt wurde, daß wegen gänzlicher Aufgabe des Geschäfts die Lagerbestände mit großen Verlusten abgegeben werden sollen, so daß jeder gegen Zahlung von 3 Mark ein elegantes schwarzseidenes Damenkleid von 8 Meter Stoff erhalte, — wenn er auf einen der bekannten Schauerromane zum ansehnlichen Preise von 24 Mark abonniere. Nach ihrer eigenen Angabe will die sogenannte Verlagsabhandlung also nur ihre wertvolle Materialur zu gutem Preise an den Mann bringen, aber der Brief ist so verfaßt, daß ein einfältiger Gemüth leicht in den Glauben versetzt wird, gegen Einsendung von 3 Mark die Robe sofort erhalten zu können. Um den Dupirten den Reinfall recht leicht zu machen, ist dem Briefe gleich eine gedruckte Postanweisung beigelegt. — Wir warnen also unsere Leser vor einem derartigen „Reinfall“.

— Diebstähle. Einem Restaurateur auf St. Martin sind von seinem Dienstmädchen ein goldener Trauring, ein Kopfschiff, ein Sammethut, 9 neulithene Theelöffel, 3 Alfenie-Gabeln zc. gestohlen worden. — Der Koffer, welcher, wie mitgeteilt, vor einigen Tagen einem Chauffeur auf der Bronterstraße gestohlen wurde, ist in der Nähe der St. Adalbertskirche aufgeschnitten und seines Inhaltes beraubt gefunden worden. — Einem Fleischermeister auf der Wallischei sind aus verlockender Stube und verschlossenem Schranke 450 Mark gestohlen worden. — Auf der Schuhmacherstraße wurde einer Frau aus dem Hausflur eine Lampe gestohlen. — Ein Handelsmann auf der Judenstraße hat vor ungefähr 6 Wochen einer Diebstrahle auf St. Martin 6 Ellen Stoff übergeben, um daraus 4 Kinderanzüge anzufertigen; die Diebstrahle hat den Stoff unterschlagen. — Der in Breslau wegen eines bedeutenden Diebstahls und in Lissa zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilte Schlosserjunge Przanowski, welcher ebenfalls auf vor einigen Wochen in Posen zahlreiche Ladendiebstähle verübt hat, ist dieser Tage ins hiesige Gefängnis gebracht worden.

oo. Fraustadt, 25. November. [Der hier gegründete Wissenschaftliche Verein] eröffnete gestern die Reihe seiner Winter-Vorlesungen. Herr Oberlehrer Dr. Bindow sprach über die Diamanten. Der Vortrag wurde an geeigneten Stellen durch große Zeichnungen erläutert und schloß mit einem sehr interessanten Experimente, nämlich einem Verbrennungsversuch, durch welchen die chemische Zusammensetzung des Diamanten nachgewiesen wurde. Die Theilnahme des Publikums, in dem namentlich die Damenwelt stark vertreten war, blieb bis zum Schluß eine sehr rege.

— Neumünster, 26. November. [Hopen.] Die seit einiger Zeit auf dem Markte in Neumünster und auf anderen Plätzen eingetretene Geschäftsflaute hat nicht verfehlt, auch auf den hiesigen Geschäftsverkehr nachtheiligen Einfluß auszuüben. Die Lebhaftigkeit im Hopen-Geschäfte, die noch zur Zeit meines letzten Berichtes den hiesigen Markt beherrschte, hat in Folge dessen nicht nur nachgelassen, sondern es ist dieselbe zu einer fast vollständigen Geschäftsflaute umgeschlagen. Gegenwärtig verhalten sich darum die meisten der hierorts anwesenden böhmischen und holländischen Händler abwartend und nur wenige derselben laufen hin und wieder kleine Posten des Produkts zu gedrückten Preisen. Am meisten wird noch das Geschäft durch einige heimische Käufer, welche sehr bedeutenden Absatz an inländischen Brauereien haben und die ihren nicht unerheblichen Bedarf zu decken beabsichtigen, belebt. Noch sei erwähnt, daß die eingetretene Geschäfts-

flaute einige, jedoch nicht erhebliche Preisveränderungen im Gefolge hatte, denn man bewilligte in den letzten Tagen für Hopfen besser Qualität 54—66 Mark, für Waare mittlerer Güte 45—51 Mark und für Hopfen von geringer Qualität 36—42 M. pro Zentner.

o. Breschen, 26. Novbr. [Methodologischer Kursus.] An dem von der Regierung angeordneten methodologischen Kursus, welchen der hiesige Hauptlehrer der katholischen Schule, Jaros, unter Leitung des Kreis-Schulinspektors Dr. Hippauf in der Zeit vom 8. bis 20. November abgehalten, haben folgende vier Lehrer Theil genommen: Malinski aus Barde, Nawrocki aus Gajewo-Kolonia, Wisniewski aus Groß-Gutkowo und Blum aus Jasutowo. Am letzten Tage des Kursus fand eine Schlussprüfung statt; nach derselben stellte der Kreis-Schulinspektor den Kursisten folgendes Thema zur schriftlichen Bearbeitung binnen acht Tagen: „Welchen Nutzen habe ich von meiner Theilnahme am methodologischen Kursus gehabt?“ — Das hiesige Simultanschulwesen ist wiederum einen bedeutenden Schritt weiter in seiner Entwicklung gelangt. Am 22. d. Mts. fand nach Abhaltung von drei Probeklausuren die Wahl des Rektors statt; dieselbe fiel auf den Rektor Saegals aus Polkow, welcher seine hiesige Stelle bereits am 1. Januar 1876 antreten wird.

o. Breschen, 24. November. [Vorschlag-Verein.] Vorträge. Unser deutscher Vorschlagverein erfreut sich eines blühenden Wachstums, was schon daraus zu schliessen ist, daß von Seiten des Vorstandes der Antrag auf Anschaffung eines feuerfesteren Gelbschranks gestellt worden ist. Auch in anderer Beziehung entfaltet der Verein ein reges Leben; wie im vorigen Jahre werden auch in diesem Winterhalbjahr an jedem Versammlungsabende, d. h. wöchentlich einmal populär wissenschaftliche Vorträge gehalten. Bis jetzt haben die Herren Kreisrichter v. Brandt über die neue Vormundschaftsordnung, Kreisrichter Friede über Nationalitäten und Sprachen, Kreis-Schulinspektor Dr. Hippauf über Magnetismus und Elektrizität, erläutert durch Experimente, gesprochen. Anderweite Vorträge stehen in Aussicht. Vielleicht gelingt es, dadurch die Brücke zu einem selbstständigen bestehenden Bildungsverein zu bauen.

B. Schneidemühl, 25. Nov. [Tod durch Trichinen.] Gestern Abend verstarb in dem Gasthause zur „Goldenen Aue“ hierseits in Folge des Genusses von trichinenhaltigem Schweinefleisch ein reisender Kurzwaarenhändler aus Silbach bei Winterberg in Westphalen, Namens Ludwig Siebert. Vor ungefähr 4 Wochen hatte derselbe sich mit seinem Bruder und noch zwei Leinwandhändlern aus Schlesien in einem Gasthause in Kleczko von freilebendem Schweinefleisch eine Mahlzeit bereiten lassen. Nach dem Genusse derselben erkrankten plötzlich sämtliche Personen. Der Verstorbene kam jedoch mit seinem Bruder noch nach Schneidemühl, wo dieselben sofort einen Arzt zu Rathe zogen, welcher die Trichinenkrankheit an ihnen konstatierte. Die beiden Leinwandhändler gingen nach Samotschin und sollen sich daselbst noch in ärztlicher Behandlung befinden. Auch der Bruder des hier Verstorbenen liegt noch krank darnieder, doch ist Hoffnung auf Genesung vorhanden. Der 13jährige Sohn des Verstorbenen hatte nichts von der fraglichen Speise gegessen und ist derselbe auch der Einzige, welcher gesund geblieben ist.

Gegen die Schutzoll-Agitation.

r. In Angelegenheit der Aufhebung der Eisen- und Maschinenzölle fand hier am 26. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, im kleinen Lambert'schen Saale eine Versammlung statt, zu der auf Einladung seitens der Vorstände des landwirtschaftlichen Provinzialvereins für Posen, sowie der Handelskammern zu Posen und Bromberg, Gewerbetreibende, Kaufleute und Landwirthe aus der Provinz Posen erschienen waren. Unter den etwa 40 Anwesenden befanden sich die Vertreter der landwirtschaftlichen Hauptvereine der Provinz, sowie die Delegirten der landwirtschaftlichen Kreisvereine, die Vertreter der Handelskammern und der Magistrate zu Posen und Bromberg zc. Obgleich in der Einladung hervorgehoben war, daß bei der Wichtigkeit der vorliegenden Frage alle Angehörigen der Provinz ohne Unterschied der Nationalität in gleichem Grade an derselben theilnehmen sollten, hatten sich doch die Polen von der Versammlung vollständig fern gehalten.

Nachdem der Rittergutsbesitzer v. Schenk auf Rawencin bei Gniemowo, der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Provinzialvereins für Posen, die Versammlung eröffnet hatte, wurde derselbe durch Affirmation zum Vorsitzenden gewählt, und eruchte den General-Sekretär des landwirtschaftlichen Provinzialvereins, Professor Dr. Peters, das Protokoll zu führen. Nach einigen einleitenden Worten, in welchen der Vorsitzende darauf hinwies, daß in der vorliegenden, so vielfach erörterten Frage wohl ein Jeder der Anwesenden schon Stellung zur Sache genommen habe, und daß jede Provinz ihren bestimmten eigenthümlichen Standpunkt in dieser Angelegenheit habe, ertheilte derselbe dem Vizepräsidenten S t a u d y das Wort.

Der Vizepräsident S t a u d y, hinweisend auf dasjenige, was er in dieser Angelegenheit bereits in der letzten außerordentlichen Generalversammlung des landwirtschaftlichen Hauptvereins im Reg.-Bezirk Posen gesprochen, führte etwa folgendes aus: Es sei unabweisbar, daß die Geschäftskrisis der letzten Jahre und eine vorübergehende übertriebene Spekulation eine allgemeine misliche Lage herbeigeführt hätten, aus der jedenfalls nur ein natürlicher Entwicklungsprozeß herausführen werde. Die großen Industriellen dagegen, insbesondere die Eisen-Industriellen, rufen gefühlige Begünstigungen zum Schutze ihrer Lage an, und verlangen, daß die geschädigten Bestimmungen des Zolltarifs, nach denen vom 1. Oktober 1873 ab für das Gebiet des deutschen Zollvereins der Eingangszoll auf Roheisen sofort in Westfalen gebracht wurde, und die übrigen Zölle auf Eisen und Maschinen vom 1. Januar 1877 ab fallen sollen, zu Gunsten der heimischen Eisenindustrie abgeändert, resp. die letzteren Zölle noch mehrere Jahre, beibehalten werden. Es habe sich nun eine lebhafteste Agitation für oder wider die Beibehaltung dieser Zölle entfaltet, und werde z. B. in der Provinz Preußen die Sache sogar so aufgefaßt, als handle es sich hierbei überhaupt um eine allgemeine schutzösterreichische Agitation und Reaktion, während in Wirklichkeit der Kampf zunächst sich nur auf die Eisenzölle erstreckt. In der Provinz Posen, als einen vorzugsweise Ackerbau treibenden, hätten die Landwirthe das größte Interesse an der gänzlichen Aufhebung dieser Zölle ebenso aber auch die gewerblichen Kreise. — Rechner geht nun näher auf die Geschichte der Eisenzölle seit dem Jahre 1818 ein und weist dabei auf die bekannte Brochure des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industriellen hin, worin diese Angelegenheit im schutzösterreichischen Sinne erörtert und schließlich unter Hinweis auf die gegenwärtige misliche Lage der Eisenindustrie der Antrag gestellt wird, daß die heute noch bestehenden Zölle auf Eisenartikel, Stahlwaaren und Maschinen noch mehrere Jahre, mindestens aber bis zur Wiederkehr günstigerer Verhältnisse, erhalten bleiben. Die schutzösterreichischen Bestrebungen der Eisen-Industriellen ständen nicht vereinzelt da, auch der deutsche volkswirtschaftliche Verein habe in München im Herbst d. J. einen unerwarteten Beschluß schutzösterreichischer Tendenz gefaßt und ebenso habe der Reichstagsabgeordnete v. Radowitz sich gegenwärtig zur schutzösterreichischen Richtung bekannt. Gegen diese Bestrebungen mache sich eine lebhafteste Gegenagitation bemerkbar, besonders im Osten des Staats; doch erfordere das Interesse des ganzen Volkes die Aufhebung der Eisen- und Maschinenzölle, da der Verbrauch an Eisen ein sehr bedeutender sei und nach neueren Berechnungen sich auf 75 Pfund pro Kopf herausstelle. Der Eingangszoll, der im Jahre 1874 noch 1,100,000 Thaler betragen habe, sei aber eine Steuer, die auf dem ganzen Volke lastet; in Wirklichkeit jedoch stelle sich diese Steuerlast weit höher heraus, da der Eingangszoll den inländischen Eisen-Industriellen die Möglichkeit gewähre, das Eisen um so viel höher im Preise zu halten, als dieser Zoll betrage. Es sei danach der Zoll um gegenwärtig 1,100,000 Thlr., in Wirklichkeit gleich einer Steuerlast von 3,700,000 Thlr., und diese Steuerlast hätte das gesamte Volk, insbesondere aber die Landwirthe und Gewerbetreibenden, zu tragen. In der Denkschrift, welche der Hauptverein mehrerer hiesiger Landwirthe im J. 1868 dem Reichstagsparlament in Angelegenheit der Eisen- und Maschinenzölle ge-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Weihnachts-Ausverkauf.

Wie alljährlich, so habe auch in diesem Jahre meine sämtlichen Artikel bis zum Feste bedeutend herabgesetzt und bietet die **Ausstellung** eine reichhaltige Auswahl geschmackvoller Geschenke vom billigsten bis elegantesten Genre.

M. Zadek jr., Neuestraße Nr. **4.**

Sehr wichtig für Hausfrauen, Wäscher und Wäscherinnen

Waschmethode

des Franz Palme in Trautenau, Böhmen,

in welcher enthalten ist, wie man binnen 4 Stunden im Stande ist, mit leichter Manier, ohne sich dabei anzu-
strengen, zwei gediegene Tragkörbe voll Wäsche, ob bunte oder weiße, und nur durch ein einziges Mal leichtes
Durchwaschen von einer Person ganz tadelloß, wie gebleicht, ohne Waschmaschine und bei noch so geringem Licht-
schein Abends, ohne Soda oder Lauge und sonstige scharfe, ätzende Präparate, welche ganz entbehrlich sind und
die Hände und Wäsche ruinieren, mit jedem reinen Brunnen- oder Flußwasser rein auszuwaschen, ohne zu kochen
und ohne Wasserglas.

Denjenigen P. L. Hausfrauen, welche gefonnen sind, von meinem Rezept Gebrauch machen zu wollen,
garantire ich, daß bei jeder Wäsche, wäre dieselbe auch noch so vernachlässigt — was bei gewöhnlichem Wasch-
gebrauch, besonders bei Winterwäsche oft vorkommt, meine Methode ganz sicher geeignet ist, selbe in Anwendung
zu bringen.

Die Vorrichtung nach meinem Rezept, welches nur die Eisendung der Bagatelle von 1 Thlr. Pr. Grt.
kostet, bewährt sich derartig, daß die Wäsche noch einmal so lange hält, an Farbe und Qualität nicht verliert
und viel Zeit erspart wird, im Entgegenhalt der sonstigen üblichen Wäscheanwendung.

Diese meine Methode ist so sicher, daß ich mich verpflichten kann, einem jedem P. L. Besteller das mir
gesandte Honorar von 1 Thlr. Pr. Grt. zurückzustellen, wenn in meinem gefandten Rezept, welches sich bei zwei-
oder dreimaligem Waschen bezahlt haben muß, nur die geringsten für die Hände oder Wäsche schädlichen
scharfen Ingredienzien gefunden werden.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß wir am hiesigen
Platze, im Hause des Herrn Dr. v. Koszowski, im früheren
Hôtel de Vienne, St. Martinstraße Nr. 1 (Eingang
durch das Hauptportal), ein

Möbel-, Spiegel- und Polster-Waaren- Magazin

eröffnet haben.

Unser auf das Reichhaltigste assortiertes Lager empfeh-
len wir einem geehrten Publikum, unter der Versicherung,
daß wir durch reelle Waare, solide Preise und prompte
Ausführung aller uns aufgegebenen Aufträge bemüht sein
werden, das in uns gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.

M. Czarliński & Co.

Inschriften-Pacht

Kladderadatsch

ist bekanntlich vertragmäßig

ausschließlich

der Firma **Rudolf Mosse**

übertragen, welche in der Lage ist, bei größeren Ordres Rabatt zu ge-
währen.

Ebenso werden für das im Verlage dieser Firma erscheinende

„Berliner Tageblatt“

(Auflage 37.000)

Aufträge unter den günstigsten Konditionen von derselben entgegen-
genommen.

Außerdem hat die Firma Rudolf Mosse u. A. die Inschriften-
pacht

des **Militär-Wochenblatts,**

der **Süddeutschen Presse,**

der **fliegenden Blätter**

der **Handels- und Börsezeitung, Köln,**

der **Schweizerischen Handelszeitung**

übernommen, und erfreuen sich diese Blätter einer großen Beliebtheit
Seitens der Inschriften.

Das Central-Bureau der Firma **Rudolf
Mosse** befindet sich in **Berlin, Jerusalem-
straße 48,** und die **Agentur in Posen:** bei Herren
G. Fritsch & Co., Mühlentstraße.

Flügel und Piano's

aus den größten Fabriken von Kaps aus Dresden, Trimler,
Blüthner, Köhlich, Steinweg u. c. in reichhaltigster Aus-
wahl empf. hlt

S. J. Mendelsohn.

Erste Schottische Herings-Niederlage,
Berlin, Gr. Rosenthalerstr. 55.

**Direkter Import aus Schottland, Lager in Stettin,
Bremen, Berlin etc.**

Verlauf von 1875er schottischen Vollheringen in ganzen und halben
Tonnen von 28-40 Mark verfeuert und von gefunden wohl konser-
virten 1874er Vollheringen in ganzen und halben Tonnen von
15-25 Mark unverfeuert.

Ein elegantes schwarz
seidenes

Damenkleid für 1 Thlr.!

Anfragen befördert sub A 50
die Annoncen-Expedition von
Rudolf Mosse, Köln.

Praktische und billige
Weihnachtsgeschenke.

1 Mätschade	für 1 1/2 Thlr.
1 St. gute Greaß-Beinen	5
1/2 St. Wäsche-Schürting	2 1/2
1 weiße Bettdecke	1
1 waschichte Schürze	5 Sgr.
1 feinen Unterrock	1 Thlr.
1 guten Mantelrock	1
1 fein franz. gesticktes Drehhemde	1
Herren- u. Damen-Hemden	a 15 Sgr.
Herren- u. Damen-Hosen	a 15
Damen-Negligé-Jacken	a 15
Koben von gutem Plaidstoff	a 1 1/2 Thlr.
Waschichte Bettzeug	a 2 1/2 Sgr.
1/2 Dgd. leinene Tücher	
tücher	für 2 1/2 Sgr.

für reelle Waare garantirt u. empfehle
obige Artikel bis zu den feinsten Qua-
litäten.

Salomon Beck,
Markt 89.

Weihnachts- Ausverkauf.

Alle modernen Winterstoffe
zu zurückgesetzten

Preisen,

auch 1 neue Parthie guter
Stoffe.

Berl. Elle 5 Sgr.

Muster

auf Verlangen überall hin
umgehend

gratis und franco.

Heinrich Hoffmann,
Berlin S. W., Benthstraße 2.

Puppen

und Spielwaren werden zu sehr
billigen Preisen ausverkauft bei

Gebr. Korach,
Markt 40.

Das Bettfedern-Geschäft

en gros et en détail

von
Gebrüder Boie,

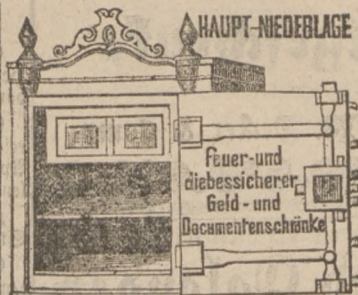
Judenstraße 30,

empfiehlt Daunen und neu
gerissene Bettfedern
in bester Waare.

Für 60 Thlr. ist ein gebrauchtes franz.
Billard mit Marmorplatten sofort zu
haben bei

E. Gütter,
Berlinerstraße 16.

Maculatur wird zu kaufen ge-
wünscht
Wilhelmplatz 7.



bei **Moritz Tuch in Posen.**



Röhrenfessel-Besitzern

empfiehlt der Unterzeichnete seine
Stahl-Drabt-Bürsten zum Rei-
nigen der Röhren. Bei Bestellung
bittet den inneren Röhrendurchmesser
anzugeben. (H. 33974 b.)

Ernst Petzold,
Schloß Chemnitz.

Schlittschuhe Schlittschuhe
empfiehlt in großer Auswahl zu billi-
gen Preisen

D. Zadek,
Bronerstraße 92.

Schlittschuhe!

Amerikaner und Holländer
für Damen und Herren

empfiehlt in größter Auswahl
zu billigsten Preisen (W. 243)

Michaelis Basch.
52. Markt- und Wasserstr. Ecke 52.

Regulir-Ofen

in allen Größen,

eiserne Bettstellen
mit u. ohne Matratzen,

**Ofenversätze, Kohlenkasten,
Feuergeräte,**

amerik. Waschmaschinen
mit Bringen,

**Katarakt-Waschdüse,
Petroleum-Roch-Apparate**

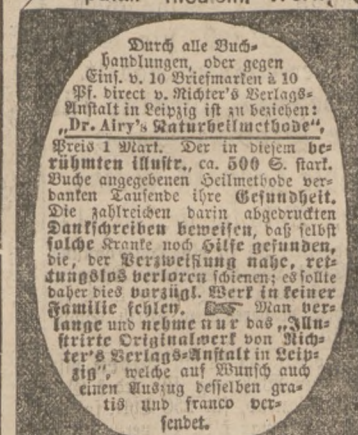
**bester Construction,
Water-Closets**

empfiehlt in größter Auswahl
zu billigsten Preisen das

**Magazin für Haus- und
Küchengeräthe von**

Michaelis Basch.
52. Markt- u. Wasserstr. Ecke 52.

Populair-medicin. Werk.



Vorräthig bei **M. Zeitgeber
& Co., Posen.**

Für das bevorstehende Fest em-
pfehle meine

**Colonial-, Delikatessen-,
Wein- und Bier-**

Handlung.
Ganz besonders mache auf die
über 30 Jahre anerkannte und
bewährte

Haupt-Ofen-Niederlage
aufmerksam.

S. Alexander
(H. Kirsten),
St. Martin 11.

Ofenbestellungen zum Feste werden
rechtzeitig erbeten.

Krampfleidendo. Epilepsie, Fallsucht.

Neueste erfundene Heilmethode

durch das

Auxilium Orientis

von

Sylvius Boas,

Spezialist für Krampf- und Nervenleiden.

Sprechstunden von 8-10 und 2-4

Berlin SW., Friedrichstr. 22,

Auch brieflich.

Lairik'schen Waldwollprodukte.

Unterleider und Stoffe aller Art, sowie Wald-
woll-Watte und Präparate aus der renommierten
Fabrik zu Memba i. Thüringen und seit Jahren gegen

Rheumatismus und Gicht

taufendfach bewährt, sind für Posen nur allein acht zu
haben bei

Eugen Werner,

Wilhelmstraße 13.

Weihnachts-Ausstellung!

Unsere Ausstellung in Baumsachen, Confituren, Cho-
coladen, Figuren, Atlappen und Cartonagen und alle in
dieses Fach gehörenden Artikel, ist mit dem heutigen Tage
eröffnet.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß wir
in dieser Saison sehr reichhaltig assortirt sind und em-
pfehlen uns hochachtungsvoll

Frenzel & Co.,
Alter Markt 56.

Aufträge von Auswärts werden sofort unter Franko-
Verpackung effectuirt.

NB. Die Herren Engroisten ersuchen, uns Ihre
werthen Aufträge recht bald zugehen zu lassen, um jeder
Anforderung rechtzeitig genügen zu können. D. G.

Erste

Luftdruck-Maschinen-Chocoladen-Fabrik

von **Paul Wesenberg,**

Berlin NW., Friedrichstr. 94a, gegenüber dem
Stadtpark.

Der Beifall, welchen sich meine Chocoladen seit einer langen Reihe von
Jahren erworben haben, und der dadurch erzielte Umsatz haben mich genöthigt,
meine Fabrik bedeutend zu vergrößern.

Durch Benutzung einer der neuesten deutschen Erfindungen, der Luft-
druck-Maschine, welche hier zum ersten Mal in großem Maßstabe als treibende
Kraft angewendet wird, sowie der neuesten französischen Chocoladen-Maschinen,
welche die Bewunderung von Sachkennern hervorgerufen haben, bin ich in den
Stand gesetzt, Chocoladen zu liefern, welche die bis jetzt gelieferten Chocoladen
an Güte und Billigkeit bei Weitem übertreffen.

Vanille-Block-Chocolade à Pfund

8 Sgr., 4 Pfd. 1 Thlr.

Vanille-Krümel-Chocolade à Pfd.

12 Sgr., 3 Pfd. 1 Thlr.

Vanille-Tafel-Chocolade à Pfund

10, 12, 15, 20 Sgr.

Bei Entnahme von 5 Pfd. Tafel-Chocolade gebe 1 Pfd. Rabatt.

Christbaum-Vanille-Chocolade

à Pfd. 24 und 30 Sgr. gefüllt und
ungefüllt in den verschiedensten Dessins.

Chocoladenfiguren à Pfd. 40 Sgr. in großer Auswahl.
Bestellungen nach außerhalb bitte rechtzeitig einzufenden, da bei dem
großen Beifall, welchen meine Chocoladen gefunden, mir nicht immer möglich
ist, dieselben umgehend zu senden. Verpackung zum Selbstkostenpreise.

Die Niederlage

der **Cigarren- und Tabaks-Fabrik**

von

J. Neumann, Berlin,

bei **Bernhard Mendelssohn,**

Posen, Friedrichstraße Nr. 25,

empfiehlt neue Ernten
importirter Havana- und echter Manilla-

Cigarren

im Preise von 120-360 Rm., sowie ihre
eigenen Fabrikate

im Preise von 33-120 Rm.,
als ganz besonders preiswerth.

